



Rettungsanitäter*innen

**Anerkennung
als Beruf
überfällig**



Magistratsabteilung 35

**„Und wer
denkt an die
Menschen?“**



teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

4/2021



**Die türkis-grüne
Regierung beschließt die
„Größte Steuerentlastung
der Zweiten Republik“. Aber:**

WER PROFITIERT?

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

Wellness-Entspannung-Ruhe!

VITAL
HOTEL
STYRIA
★★★★

Liebe Gäste, liebe Freunde!

Ein ganz besonderes DANKE für Ihr Interesse und Ihre Treue 2021!
Wir wollen auch 2022 sehr umsichtig handeln, um Ihnen einen erlebnisreichen
und erholsamen Aufenthalt zu gewährleisten – gemäß unserem Motto:
„Zuhause wegfahren und daheim ankommen!“

Besinnliche Festtage und ein erfolgreiches neues Jahr wünschen
Dir. Roman Gruber und das Vital-Hotel-Styria-Team!

Sie suchen nach einem passendem Geschenk?

Überraschen Sie Ihre Liebsten
mit einem Geschenk-Gutschein
für das Vital-Hotel-Styria!

Online unter www.vital-hotel-styria
Wertgutschein - Betrag frei wählbar
und einfach ausdrucken!

„ZEIT zu ZWEIT“

7. – 10. / 14. – 17. / 21. – 24. / 28. – 31. 1. 2022

2 oder 3 Nächtigungen mit Verwöhn-HP-plus

- Inklusive Wohlfühlpaket
- 1 Glas Frizzante
- 1 Wellnesspackerl pro Zimmer für zuhause

Preis p. P. 3 N ab € 222,-

Preise für Younion-
Vollmitglieder

Sie sparen 36,- oder 54,- EURO

2 Nächte
p. P. ab
€ 154,-

„FAMILIENGENUSS“

4. – 27. 2. 2022

3, 4 oder 5 Nächtigungen mit Verwöhn-HP-plus

- Inklusive Wohlfühlpaket
- Basteln mit Maria Hirschböck
- Rodeln – Schneemann bauen – Eislaufen

Preis p. P. 4 N ab € 296,- 5 N ab € 370,-

Preise für Younion-
Vollmitglieder

Sie sparen 54,- / 72,- oder 90,- EURO

3 Nächte
p. P. ab
€ 222,-

Neuer Tennisplatzbelag! Witterungs-
bedingt schon im Frühjahr bespielbar.

OPTIGRASS®

Alles unter
entsprechenden
Corona-
maßnahmen!

© Vital-Hotel-Styria. Inserat 12/2021TW

Angebot für Younion Vollmitglieder.
Preise in Euro, pro Person, inklusive MwSt.
und Infrastrukturabgabe, exklusive
gesetzliche Nächtigungsabgabe
Mitglieder anderer Fachverbände
plus 10,- Euro, Nichtmitglieder plus 18,-
Euro pro Nacht. **Achtung: Ab März neue
Regelung!** Es gilt Preisliste 2021/22
Preise ausgenommen Ostern, Weihnachten,
Ferienzeiten und Silvester.
Irrtum, Druck und Satzfehler vorbehalten.
Mehr Infos: www.vital-hotel-styria.at

Herzlich willkommen im ****Vital-Hotel-Styria!

Unsere Verwöhn-Halbpension-plus beinhaltet:

- Feinschmecker-Frühstücksbuffet
- mittags Suppe, Salat, Aufstrich, Gebäck
- nachmittags Kaffee, Tee, Kakao & Kuchen
- abends viergängige Menüauswahl.
Salate, Käse und Eis vom Buffet
- Finn-Sauna, Sanarium, Dampfbad
- Infrarotkabine, Tepidarium, Solarium
- Salarium - Salzoase zur Regeneration
- Fitnessraum, Ruherraum
- Freies W-LAN im ganzen Haus

und inklusive Wohlfühlpaket:

- Leihbademantel (ab 15 Jahre)
- Badetasche und Badetuch
- Hallenbad mit Meersalzwasser

Kinderermäßigung
im Zimmer der Eltern!



In unserer VITAL-OASE
verwöhnen wir Sie mit Kosmetik, Massagen,
Fußpflege und
Vital-Shop



Gegen Gebühr:
2 Elektroauto-
Ladestationen



20% Greenfee-Ermäßigung
für Hotelgäste
beim Golfclub
ALMENLAND



8163 Fladnitz a. d. T. 45, Tel. 03179 / 233 14 FaxDW-42
office@vital-hotel-styria.at • www.vital-hotel-styria.at

Fotos: Vital-Hotel-Styria, Eisenberger, J-stockfoto, TV Almenland, Makowecz, Bergmann

younion



HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen, Jugend & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte
unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



Karin Zauner-Lohmeyer

Chefredakteurin
teamwork

„nur noch drei Kanzler, dann ist Weihnachten“ – mit derartigen Witzen haben viele versucht, die politischen Kapriolen der vergangenen Wochen zu verarbeiten. Sebastian Kurz verlässt die Politik, mit ihm auch Gernot Blümel. Manfred Obermüller erörtert in seinem Leitartikel „Game Over“ auf S. 5 das System Kurz. Was bleibt, sind unzählige Attacken auf die Institutionen des Rechtsstaats, auf die Sozialpartnerschaft, und es wirkt ein katastrophales, erbärmliches COVID-19-Krisenmanagement nach, das uns in den 4. Lockdown geführt hat. Verschärfungen nicht ausgeschlossen.

Dass das nicht Schicksal sondern Gegensteuern möglich ist, zeigt die Performance von Wien. Bürgermeister Michael Ludwig ist es gelungen, die Voraussetzungen zu schaffen, um gut durch die Pandemie zu kommen. Ludwig hat konsequent und ohne politisches Taktieren den Weg der professionellen Krisenbekämpfung durchgezogen und vor allem: auf Expert*innen gehört. Dabei kann er sich tagtäglich auf die Kolleg*innen im Magistrat verlassen. Einige von ihnen holen wir in dieser Ausgabe vor den Vorhang. Allen voran: Wiens schnelle COVID-19-Einsatzgruppe, die Kolleg*innen der Sofortmaßnahmen. Ihre Aufgabe ist es, COVID-19-Schutzmaßnahmen zu überprüfen. Was sie dabei erleben, finden Sie auf S. 14.

Jedenfalls zeigt die Pandemie, wie wichtig Daseinsvorsorge ist. Über deren Bedeutung haben Manfred Obermüller und ich mit Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr gesprochen (S. 8–10), unter anderem auch darüber, warum die Kolleg*innen der MA 35 (Einwanderung und Staatsbürgerschaft) in Arbeit untergehen. Dem widmet sich auch Alexander Schuller (DA 103 – Allgemeine Verwaltung) auf S. 13, ebenso die Seite zum Nachdenken (S. 24). Nachdenklich ist auch der Quer-raunzer (S. 11) und begründet, warum es so wichtig ist, solidarisch zu sein und aufeinander aufpassen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Liebsten ein wunderschönes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der union _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Marianne Klepac-Baur, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Melanie Orou, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentzsch, 1210 Wien Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfotos:** depositphotos (2), Berufsrettung Wien

COP26: Sozial gerechter Wandel braucht Mitbestimmung

Das Ergebnis des UNO-Klimagipfels in Glasgow wird zwischen „historisch“ und „enttäuschend“ kommentiert. Die EU geht mit ihrem „Green Deal“ weitaus ambitionierter vor.



BILD: © ROBERT RUBAK

Thomas Kattnig
Bereichsleiter EU und Internationales der youunion. Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Auch wenn die Kommentierung der Klimagipfelergebnisse durchwachsen ausfiel: Immerhin konnten sich die 200 Teilnehmerstaaten erstmals auf einen Kohleausstieg einigen, neue konkrete Klimaziele einzelner Staaten festgelegt und in den Bereichen Waldschutz, Begrenzung der Methan-Emissionen Fortschritte erzielt werden. Aber auch da braucht es mehr Ehrgeiz und vor allem die Einbindung der Menschen. Die Gewerkschaften fordern einen sozial gerechten Übergang.

Das „Fit for 55“-Paket, „Next-GenerationEU“ und der mehrjährige Finanzrahmen für den Zeitraum 2021–2027 werden dabei helfen, den von Europa angestrebten zweifachen – ökologisch und digital – Wandel zu vollziehen. Die Sozialpartner werden da aber eine entscheidende Rolle spielen. Ohne uns wird es nicht funktionieren.

Sozialer Ausgleich unabdingbar

Die Beschäftigten des öffentlichen Diensts sind die ersten, die auf Klimakatastrophen reagieren. Sie wissen aus erster Hand, wie dringend notwendig politische Maß-



BILD: © EPSU

1,5 Grad sind nicht verhandelbar - wir brauchen jetzt Maßnahmen für eine klimagerechte Zukunft für alle.

nahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung sind. Daher ist es entscheidend, dass die Regierungen jetzt handeln und nicht noch mehr Zeit vergehen lassen, um konsequente Lösungen für die Klimakrise umzusetzen. Die Gewerkschaften sind bereit, diesen Prozess mitzugestalten. Das erfordert den Ausbau der Daseinsvorsorge (z. B. öffentlicher Verkehr, Energieversorgung, soziale Infrastruktur, wie Wohnbau, Bildung, Kinderbetreuung und Elementarbildung, Gesundheits- und Pflegesystem) mittels öffentlicher Investitionen. Das erfordert massive Investitionen der öffentlichen Hand, die durch ein gerechtes Steuersystem finanziert werden

sollen. Dazu müssen legale und illegale Steuerschonung von Konzernen und Vermögenden verhindert und diese fair miteinbezogen werden.

Klimaneutrale Zukunft nicht gratis

Das Paket „Fit for 55“ umfasst zahlreiche Gesetzesvorschläge und Leitlinien für eine klimaneutrale Zukunft. Einer dieser Vorschläge ist der Klima-Sozialfonds. Mit diesem Fonds sollen Finanzmittel für die Unterstützung schutzbedürftiger Bürger*innen zur Verfügung gestellt werden, um für sie die Auswirkungen der neuen CO₂-Bepreisung zu mindern. Der Fonds kann etwa für direkte Einkommensunterstützung oder Hilfe zur Finanzierung von Energieeffizienzsteigerungen bzw. Modernisierung von Gebäuden herangezogen werden. Aber auch der Zugang zu emissionsfreier/-armer Mobilität soll dadurch gefördert bzw. verstärkt werden.

Laut EU-Kommission wird der Klima-Sozialfonds die Kosten für all diejenigen verringern, die am stärksten von Preissteigerungen für fossile Brennstoffe betroffen sind und Mittel in Höhe von 72,2 Mrd. Euro im Zeitraum 2025–2032 bereitstellen. Österreich kann einen maximalen Anteil von 643,5 Mio. Euro aus dem Fonds erhalten.

thomas.kattnig@youunion.at

Es ist wichtig, dass Klimapolitik nicht auf den Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen wird.

Türkise Altlasten müssen nun aufgeräumt werden.
Und zwar rasch!

Game over

Es ist vorbei. Kurz verlässt die Politik. Die Geburt seines Sohnes und die vielen Vorwürfe gegen ihn hätten ihn zu diesem Schritt bewegen. Vom Karrieristen zum Familienmenschen also. Man braucht schon ein gerütteltes Maß an Naivität, um ihm das abzunehmen. Kurz war politisch völlig untragbar geworden. Mit dem einstigen Politstar und der „großen Zukunftshoffnung“ der Konservativen in Europa gibt es nichts mehr zu gewinnen. Zu groß war die Entfremdung von den mächtigen schwarzen Landeshauptleuten, aber dennoch haben diese keine Gelegenheit ausgelassen, Kurz nachträglich den roten Teppich auszurollen, auf dem er nun in die Polit-Pension schreitet. In Wirklichkeit ging es um Schadensbegrenzung. Strafrechtlich gilt zwar nach wie vor die Unschuldsumutung, doch die Chats haben das wahre Gesicht der türkisen Bewegung gezeigt.

Es ist ein Trauerspiel, dass eine Partei, die sich immer als „staatstragend“ definiert hat, so lange gebraucht hat, um gegen diese moralische Zerrüttung vorzugehen und festzustellen, dass Anspruch und Wirklichkeit einfach ganz weit auseinander liegen. Dass hier skrupellose Jungspunde am Werk sind, die auf die christlich-sozialen Wurzeln pfeifen, die demokratische Institutionen attackieren und diffamieren, und die Medienfreiheit mit Füßen treten.

Konzeptlos und dilettantisch

Was bleibt von Kurz? Ein konzeptloses und dilettantisches Corona-Krisenmanagement, der vierte Lockdown, ein immenser Schaden an der Reputation Österreichs, ein Vertrauensverlust in die Politik



BILD: © PETRA SPOLA/HGT

Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

und demokratische Institutionen – und vor allem: soziale Kälte. Aber auch die Erkenntnis, dass reine Medien-Inszenierung profunde Realpolitik niemals ersetzen darf! Denn, wie es Reinhold Mitterlehner sagte: „Bei Politik muss es immer auch um das Wie gehen.“

An der Spitze des Staates und der ÖVP steht nun der ehemalige Innenminister Karl Nehammer. Der Bundesheer-Leutnant und Parteimanager vertritt eine restriktive rechte Politik, insbesondere bei den Themen Migration und Asyl.

Wird der neoliberale Umbau des Staates unter ihm weiter gehen, der Rückbau der Rechte der Arbeitnehmer*innen zugunsten der Reichen und Superreichen? Es sieht leider ganz so aus. Die als „historisch“ angepriesene „größte Steuerreform aller Zeiten“ entpuppt sich beim näheren Hinsehen als ein dreistes Umverteilungsprogramm – von unten nach oben, und als ein neuerlicher Angriff auf unser Sozialversicherungssystem. Erneut pure Klientelpolitik auf Kosten der Arbeitnehmer*innen. Herr Nehammer, wir werden als Gewerkschaft massiv dagegenhalten!

manfred.obermueller@wien.gv.at

„Wird der neoliberale Umbau des Staates unter Nehammer weitergehen?“

Wer profitiert wirklich?

Die Steuerreform 2022 ist laut Bundesregierung mit 18 Mrd. Euro „historisch“, die „größte Steuerentlastung der Zweiten Republik“. Aber für wen?



BILD © PETRA SPIOLA/VIET

Angelika Schleinzer
Vorsitzende DA 102 -
Personal

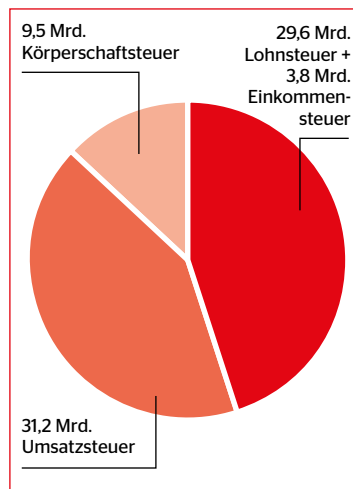
Steuern finanzieren wichtige öffentliche Leistungen: (Hoch-)Schulen, Straßen und Infrastruktur, Krankenversorgung, Pflege, Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Gerichtsbarkeit und vieles mehr. So gesehen ist der monatliche Abzug der Lohnsteuer auf dem Gehaltszettel, die Umsatzsteuer bei einer Anschaffung eine direkte Investition in wichtige staatliche Versorgungsleistungen und damit in unsere Lebensqualität. Bei jeder Steuerreform lohnt es sich – abseits der politischen Inszenierung – auf die Fakten zu blicken. Wer zahlt in Österreich welche Steuern? Welche Maßnahmen kommen wem zugute?

Unfaire Steuerlast in Österreich

Die Arbeitnehmer*innen tragen gemeinsam mit den Pensionist*innen über die Lohnsteuer und als Konsument*innen über die Umsatzsteuer 80 Prozent der Steuerlast in Österreich. Die größten Steuereinnahmen lukriert der Staat aus der Lohn- und Einkommenssteuer mit 33,4 Mrd. Euro (29,6 Mrd. Lohn- und 3,8 Mrd. Einkommenssteuer), gefolgt von der Umsatzsteuer mit 31,2 Mrd. Euro. Die Körperschaftsteuer, die von Unternehmen und Konzernen bezahlt wird, macht im Vergleich nur 9,5 Mrd. Euro aus.

Hohe Einkommen profitieren

Die Steuerreform 2022 soll bis 2025 insgesamt rund 18 Mrd. Euro an Entlastung bringen. Ab Juli 2022 erfolgt die Senkung der



Einkommens- und Lohnsteuer: Zunächst die zweite Tarifstufe (Bruttolohn über 1.800 EUR) von 35 auf 30 Prozent und ab Juli 2023 die dritte (Bruttolohn über 3.200 EUR) von 42 auf 40 Prozent, wobei Einkommen unter 1.800 Euro gar nicht profitieren. Aufgrund der kalten Progression wird aber der entlastende Effekt im Jahr 2026 wieder verpuffen, denn ab dann greift die kalte Progression wieder. Die Senkung der Tarifstufen allein gleicht die angesammelte kalte Progression nicht aus. Man könnte somit auch sagen: Die Arbeitnehmer*innen zahlen sich ihre Steuerentlastung selbst. Von dieser „Reform“ der Einkommens- und Lohnsteuer profitieren vor allem die hohen Einkommen, die „untere Mittelschicht“, sowie Haushalte mit kleinen Einkommen werden wenig bis gar nichts davon haben. Um Gerechtigkeit zu schaffen, müsste man die Steuer auf Arbeitseinkommen deutlich senken, die kalte Progression abschaffen sowie hohe Erbschaften und Vermögen stärker besteuern.

Das empfehlen nicht nur der ÖGB und AK seit Jahren, sondern auch die OECD in ihrem Bericht „Taxing Wages“ zur Steuersituation in Österreich. Dieselbe Logik wie bei Lohn- und Einkommenssteuer gibt es beim Familienbonus. Er ist als Absetzbetrag konzipiert und greift in seiner vollen Höhe erst ab einem Einkommen von etwa 29.000 Euro brutto pro Jahr. Wer arbeitslos ist, Mindestsicherung bezieht oder weniger als 1.500 Euro Steuern im Jahr zahlt, profitiert nicht von der Erhöhung des Familienbonus.

Angriff auf Krankenversicherung

Da die Senkung der Steuertarifestufen und der Familienbonus nur den Besserverdienenden zugutekommen, sollen für kleinere Einkommen – die ja keine Lohnsteuer bezahlen – die Krankenversicherungsbeiträge gesenkt werden. Was auf den ersten Blick vorteilhaft aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als brandgefährlich für unser Sozialversicherungssystem. Die Einnahmehausfälle sollen den Krankenkassen durch Steuerzuschüsse kompensiert werden. Fragt sich nur: Wie lange? Steuerzuschüsse machen die Krankenversicherung plötzlich vom Finanzminister abhängig! Beim nächsten Sparprogramm könnten diese Steuerzuschüsse problemlos gestrichen werden. Leistungskürzungen in der Krankenversicherung wären dann die unausweichliche Folge. Es ist ein weiterer Angriff auf die Sozialversicherung zu befürchten, deren Grundgedanke die Selbstverwaltung ist. Selbstverwaltung bedeutet, dass die Versi-

Arbeitnehmer*innen zahlen sich die Steuerentlastung selbst.

chertengemeinschaft durch ihre entsendeten Vertreter*innen die Beiträge, die Gebarung und die Leistungen der Sozialversicherung auch selbst bestimmen. Die Selbstverwaltung ist ein hohes Gut – die Leistungen der Sozialversicherung dürfen nicht von der (Partei-)Politik abhängig sein.

Ungerechte CO₂-Bepreisung

Ab 2022 wird für alle das Autofahren und Heizen teurer: Die CO₂-Steuer startet 2022 pro Tonne mit 30 Euro und steigt dann jährlich rasch an. Die geplanten Maßnahmen sind jedoch nicht durchdacht. Als sozialen Ausgleich soll es einen Klimabonus geben, der an alle Haushalte, regional in vier Stufen gestaffelt, ergehen soll. Die Staffelung richtet sich ausschließlich nach der Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr. Das bedeutet: Interessanterweise werden nur die Wiener*innen den niedrigsten Klimabonus erhalten. In Wohnungen kann man sich die Art der Heizung oft nicht aussuchen – die CO₂-Steuer fürs Heizen wird daher ebenfalls die Wiener*innen am stärksten treffen.“ Da die Hälfte der Wiener Haushalte mit Heizöl oder Gas heizt, wird das warme Zuhause wesentlich teurer. Für Vermieter*innen gibt es wenig Anreize, Heizsysteme zu tauschen, wenn ohnehin die Mieter*innen alle Mehrkosten bezahlen müssen.

Umverteilung nach oben

Während die Entlastungen der Arbeitnehmer*innen in wenigen Jahren durch die kalte Progression verpuffen, erhalten die Unternehmen eine dauerhafte Senkung der Körperschaftsteuer, von derzeit 25 Prozent auf 23 Prozent – in Staffeln. All das kommt den Reichsten zugute und verteilt 800 Millionen Euro von unten nach oben um, und zwar jedes Jahr aufs Neue. Da es keine Auflagen für dieses Steuergeschenk gibt (z.B. verpflichtende Investi-



Kalte Progression: Viele Arbeitnehmer*innen rutschen durch kollektivvertragliche Erhöhungen in höhere Steuerstufen. Oft bedeutet diese Erhöhung aber nur den Ausgleich der Inflation. Dass Arbeitnehmer*innen also dadurch mehr Steuern bezahlen, ohne dass sie tatsächlich mehr realen Lohn in der Tasche haben, nennt man Kalte Progression.

Lohnsteuer: Alle Arbeitnehmer*innen und Pensionist*innen – sofern sie mehr als 12.600 Euro im Jahr verdienen – zahlen Lohnsteuer. Abgeführt wird die Lohnsteuer automatisch über den*die Arbeitgeber*in.

Einkommensteuer: Die Einkommensteuer ist im Prinzip mit der Lohnsteuer vergleichbar. Bezahlt wird sie von Selbstständigen und Gewerbetreibenden. Der Steuertarif entspricht jenem der Lohnsteuer.

Körperschaftsteuer: Die Körperschaftsteuer ist quasi die Einkommensteuer der juristischen Personen (Unternehmen), wie Aktiengesellschaften, GmbHs oder Kommanditgesellschaften.

Umsatzsteuer: Für Waren und Dienstleistungen, die Unternehmen für Kund*innen erbringen, muss in der Regel Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer) in der Höhe von 20 Prozent bezahlt werden. Für Lebensmittel, Medikamente, Bücher usw. gilt ein ermäßigter Steuersatz von 10 Prozent. Unternehmen heben die Umsatzsteuer ein und müssen sie an das Finanzamt abführen.

Quelle: <https://www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/steuern-und-konjunktur/wer-zahlt-die-steuern>

tionen in Forschung oder Klimaschutz, etc.) können die Beträge einfach an die Aktionär*innen oder Eigentümer*innen als Gewinn ausgeschüttet werden. Statt Armut zu bekämpfen, Bildung und Kinderbetreuung zu forcieren, den Pflegenotstand zu bekämpfen, werden Steuermittel an große Konzerne und profitable Unternehmen umgeleitet, die in der Krise ohnehin massiv unterstützt wurden.

Daseinsvorsorge in Gefahr

Steuerentlastungen bedeuten für Bund, Länder und Gemeinden immer einen Verlust an Einnahmen: weniger Mittel für die Daseinsvorsorge, für dringend notwendige Investitionen in Pflege,

Klimaschutz, Digitalisierung, Sanierungen und vieles mehr. Allein im Wiener Budget werden 450 Mio. Euro fehlen. Die Menschen in Wien, insbesondere die Bediensteten der Stadt, werden das spüren. Die Bundesregierung hat die historische Chance verpasst, die Schieflage im Steuersystem zu korrigieren und wirkungsvoll in die Zukunft zu investieren. Statt dessen gibt es Steuergeschenke für Großkonzerne und die Bevölkerung wird letztendlich weiter zur Kasse gebeten.

angelika.schleinzer@youunion.at

Großkonzerne profitieren von den Steuergeschenken.

„Es geht nicht um Privat gegen Staat.“

Warum die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben muss und welche Herausforderungen er in seinem Zukunftsressort sieht, erklärt Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr im Gespräch mit HG 1-Vorsitzendem Manfred Obermüller und Karin Zauner-Lohmeyer.

Zauner-Lohmeyer: Herr Vizebürgermeister, welche Bedeutung hat für Sie die Sozialpartnerschaft?

Wiederkehr: Die Sozialpartnerschaft hat in der Zweiten Republik einen wichtigen Beitrag geleistet, dass sich Österreich gut entwickelt hat. Mir ist es wichtig, sie in die Moderne mitzunehmen. Politischer Fortschritt geht in der Stadt Wien nur gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen und der Personalvertretung.

Von der Opposition in die Regierung: Was hat sich für Sie verändert?

Wiederkehr: Ich habe nun eine ganz andere Rolle. Ich bin nun verantwortlich für diese schöne Stadt, für wichtige Zukunftsgebiete. Meine Aufgabe ist es, die Stadt zu führen, mit vielen tausenden Mitarbeiter*innen und

mit einem großen Budget von über drei Milliarden Euro.

Obermüller: Apropos Verantwortung. Als die NEOS in die Regierungsverhandlungen eingestiegen sind, war uns als Gewerkschaft ein Thema besonders wichtig: die Rolle der Daseinsvorsorge. Sie muss in öffentlicher Hand bleiben!

Wiederkehr: Ich sehe, dass die Verwaltung in Wien sehr gut funktioniert. Was mir wichtig ist, dass wir auf Transparenz der Kosten achten und auch auf Effizienz. Es ist wichtig zu sehen, wo wir die bestehende Daseinsvorsorge in Kooperation mit privaten Firmen zusätzlich unterstützen können. Es geht nicht um Privat gegen Staat, sondern um ein Miteinander.

Obermüller: Wobei es mahnende Beispiele gibt. Ich denke an die Wasserversorgung in Paris, die privatisiert wurde. Die Stadt Paris musste sie wieder zurückkaufen, weil die Rohre von der profitorientierten Firma nicht gewartet wurden. Um das marode System zu reparieren, mussten die Pariser*innen höhere Wassergebühren bezahlen.

Wiederkehr: Ein Beispiel einer nicht gelungenen Privatisierung. Eine Privatisierung darf nie ein Selbstzweck sein. Aus meiner liberalen Sicht muss die zentrale

Infrastruktur einer Stadt oder eines Staates staatlich organisiert sein. Die Frage ist: Wo können wir über privaten Wettbewerb mehr Qualität bringen? Und bessere Leistungen für die Bürger*innen?

Gibt es ein Beispiel?

Wiederkehr: Die Energieversorgung. Unterschiedliche Anbieter*innen brachten günstigere Tarife für die Konsument*innen.

Obermüller: Es gibt private Anbieter, die mit geringen Preisen in den Markt gehen und dann Verträge nicht einhalten bzw. Kund*innen vor die Wahl stellen: Tarifierhebung oder Kündigung. So etwas macht Wien Energie nicht.

Reden wir über die Zukunft, über Kinder. In Ihre Zuständigkeit fallen auch die Kindergärten. Wie sehen Sie die Situation und welche Lösungen gibt es, Stichwort Personal und Betreuungsschlüssel?

Wiederkehr: Wir sehen sehr große Herausforderungen beim Personal, schon vor Corona. Unser Ziel ist, dass wir mehr Menschen für die Arbeit in den Kindergärten begeistern und ausbilden. Hier lässt der Bund komplett aus, der eigentlich dafür zuständig ist. Wir investieren in Wien heuer rund ein Prozent des BIP für die Kindergärten – das ist fast eine Milliarde Euro – damit sind wir die absolute Nr.1 in Österreich.





ALLE BILDER: © MICHAEL A. BRUCKNER/RING 1

Zudem werden gesamt rund 85 Millionen Euro in den Neubau der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik (bafep) investiert. Im Herbst haben wir zusätzliche 50 Sprachförderkräfte angestellt, wir verdoppeln auch die Assistenzkräfte in Kindergartengruppen.

Und der Betreuungsschlüssel?

Wiederkehr: Langfristig ist ein besserer Schlüssel von Kind zu Pädagog*innen dringend notwendig. Aktuell haben wir aber einfach zu wenige Pädagog*innen.

Obermüller: 25 Kinder in einer Gruppe mit einer Pädagog*in und einer Assistent*in: Das ist viel zu viel. In Wien sind wir mit 300 Elementarpädagog*innen unterbesetzt und die Fluktuation ist hoch, obwohl die Pädagog*innen bei der Stadt besser bezahlt werden. Wir haben in Wien zwar großartige Ausbildungssysteme, sehen aber, dass die Bundesländer unsere Arbeitskräfte abwerben und dass wir die jun-

gen Menschen, die den Matura- lehrgang besuchen, nicht motivieren können, in dem Beruf tätig zu bleiben. Die privaten Kindergartenbetreiber*innen fordern laufend mehr Geld von der Stadt. Ich bin der Meinung, dass niemand Vereine zwingt, einen Kindergarten zu führen.

Wiederkehr: Es braucht aus meiner Sicht ein gutes Miteinander der städtischen und privaten Kindergärten und eine stabile Finanzierung.

Obermüller: Der Bund hätte ja fast 1,2 Milliarden für die Kinderbetreuung locker gemacht.

Wiederkehr: Das hat der ehemalige Kanzler Kurz verhindert.

Obermüller: Traurig und schäbig, Eigeninteressen vor das Kindeswohl zu stellen.

Wiederkehr: Wir erfüllen in Wirklichkeit sehr viele Aufgaben, für



die eigentlich der Bund zuständig wäre. Wir machen das, weil uns die Zukunft der nächsten Generation wichtig ist.

**„Wir erfüllen viele Aufgaben, für die eigentlich der Bund zuständig ist.“
Christoph Wiederkehr**

Im Gespräch

Nun zur MA 35. Dort ist die Arbeitsbelastung enorm und die Personalsituation angespannt. Welche Lösungen gibt es dafür?

Wiederkehr: Wir haben hier eine Behörde, die pro Jahr über 150.000 Verfahren abwickelt. Und vor allem haben wir eine sehr restriktive, unfassbar komplizierte Gesetzeslage, vom Bundesgesetzgeber bewusst – aus parteipolitischen Gründen – immer wieder verändert und strenger gemacht. Es kamen vom Bund auch weitere Aufgaben hinzu, wie der Brexit oder die Staatsbürgerschaft für Opfer des NS-Regimes und deren Nachkommen. Wir haben daher als „Soforthilfe“ für die Abteilung 50 neue Mitarbeiter*innen eingestellt und ein telefonisches Servicecenter eingerichtet. Die Einschulungsdauer beträgt zum Teil über ein Jahr.

Obermüller: Das ist der Komplexität geschuldet. Der Bund muss die gesetzlichen Grundlagen im Sinne der Verfahrensabwicklung verändern, damit Verfahren rascher abgewickelt werden können.

Wiederkehr: Und wir brauchen finanzielle, innerösterreichische Solidarität, weil wir zum Beispiel die allermeisten Brexit-Fälle in Wien abwickeln.

Obermüller: Was ich derzeit als unerträglich empfinde, ist das mediale Bashing gegen die Mitarbeiter*innen, gegen die MA 35. Wir haben dort immer wieder persönliche Bedrohungen und Polizeieinsätze. Das ist inakzeptabel.

Wiederkehr: Ich habe für unzutreffende Vorwürfe in den Medien und für Bedrohungen kein Verständnis. Da müssen wir uns gemeinsam vor die Mitarbeiter*innen stellen und sie schützen.

Nicht nur in der MA 35, sondern auch in den Wohngemeinschaften der MA 11 - Kinder- und Jugendhilfe hat sich durch Corona die Lage massiv verschärft.

Wiederkehr: Im ersten Lockdown gab es weniger Gefährdungsmeldungen, weil auch die Schulen geschlossen hatten. Aber danach folgte ein sehr starker Anstieg. Wir haben in jeder der 18 Regionalstellen ‚Soziale Arbeit‘ eine zusätzliche Person angestellt. Jedes Kind soll eine gute Entwicklungschance haben, auch wenn es in eine Familie geboren wird, die nicht stabil ist. In dem Fall müssen wir als Stadt ein sicheres Umfeld abseits der Familie schaffen können.

Obermüller: In diesem Bereich stehen wir vor einem Super-GAU, weil wir viel mehr Kinder in den Wohneinheiten haben, als wir eigentlich haben dürften, phasenweise doppelt so viele. Wir haben Bilder von Bereichen, wo Kinder am Boden schlafen und in Sozialräumen zusätzliche Betten eingeräumt werden müssen. Das potenziert sich gerade, weil Familienbesuche von Sozialarbeiter*innen wegen Corona

ausblieben. Das Personal in den Krisenzentren ist weit über das Limit strapaziert, und es braucht mehr Wohngemeinschaften und Personal.

Wiederkehr: Wir sehen auch, dass die Zahl von Kindern in Krisenzentren steigt und dass die Fälle schwerwiegender werden. Daher investieren wir in den Ausbau der Krisenzentren. In den letzten zwei Jahren haben wir auch massiv die Anzahl der sozialtherapeutischen und sozialpsychiatrischen Wohngemeinschaften erweitert. Außerdem verhandeln wir mit dem Bund über den Ausbau der frühen Hilfen.

Abschließende Frage: Herr Vizebürgermeister, was wünschen Sie sich von der Gewerkschaft?

Wiederkehr: Eine weiterhin konstruktive, gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft, Reformschritte gemeinsam zu tragen.

Obermüller: Das wünsche ich mir auch von Ihnen! Wissend, dass wir uns beide bewegen müssen, um das Beste für die Bürger*innen und die Mitarbeiter*innen zu erreichen.

Christoph Wiederkehr

Geboren 1990 in Oberndorf bei Salzburg, Sohn einer französischen Mutter und eines ungarischen Vaters. Sein Vater wurde von der kommunistischen Diktatur aus seiner Heimat vertrieben. Diese Familiengeschichte hat ihn persönlich und politisch geprägt. Die Matura absolvierte er in Salzburg, studierte Jus und Politikwissenschaften an der Universität Wien. 2015 zieht er für die NEOS in den Wiener Landtag ein, ab September 2018 ist er Klubobmann und Landessprecher von NEOS Wien.

Seit November 2020 ist Wiederkehr Vizebürgermeister und amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz – seit 2021 stellvertretender Bundesvorsitzender der NEOS.

Wordrap

Vorbild(er): Bart Somers, liberaler Bürgermeister in Mechelen

Was ich mag: Spieleabende mit Freunden, Zeit mit meiner Partnerin

Was ich gar nicht mag: Unehrllichkeit

Hobbies: Squash, Brettspiele

Lieblingsbuch: Hermann Hesse, „Der Steppenwolf“

„Was ich unerträglich finde, ist das mediale Bashing gegen die MA 35.“

Manfred Obermüller

Querraunzer

Über niedrige Instinkte

Sich nicht impfen zu lassen, obwohl es für eine Person medizinisch möglich wäre, bedeutet daher insgesamt, sich einem solidarischen Akt zu entziehen, obwohl man gerade in der COVID-19-Pandemie in vielfältiger Weise selbst Nutznießer gesellschaftlicher Solidarität ist.“ Dieser schöne Satz stammt von der österreichischen Bioethikkommission.

Er soll uns wachrütteln. Eine Pandemie ist keine Privatsache. Eine Pandemie erfordert Solidarität – von uns allen! Vor allem mit jenen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können. Als die ersten Impfstofflieferungen in Österreich eintrafen, habe auch ich gedacht: „Das wird jetzt schnell gehen! Bald sind wir durchgeimpft!“ Mitnichten. Wir haben zwar ausreichend Impfstoff, ein super Gesundheitssystem, aber auch genug Leute, die sich einfach nicht impfen lassen wollen. Warum? Viele bezweifeln die Wirkung, glauben an eine Weltverschwörung von Bill Gates oder an die Herrschaft der Echsenmenschen. Es kann auch sein, dass sie den Empfehlungen von FPÖ-Chef Herbert Kickl folgen: „Vitamin C, D und Zink, Novalgin, Paracetamol, Aspirin tun's auch.“

Mehr als 12.000 Tote

Wir brauchen eine Impfquote von 80 bis 90 Prozent, um die Pandemie zu besiegen. Anfang Dezember sind es gerade mal 70 Prozent. Spätestens nach den Bildern mit den gestapelten Särgen in Bergamo und nach der Videobotschaft des Intensivmediziners Luca Lorini, Leiter der Intensivstation des Papa Giovanni XXIII-Spitals in Bergamo, der sagte, ange-

**Die Pandemie ist ein Test für Solidarität**

sichts der brutalen Realität könne er nicht mehr weinen, spätestens dann hätte doch jeder und jede kapieren müssen, dass wir das Sterben aufhalten müssen. Gemeinsam. Mehr als 12.000 Menschen sind bislang mit oder an COVID-19 in Österreich verstorben. Was wohl die Hinterbliebenen den Impfgegner*innen sagen möchten?

Rund 90 Prozent der COVID-19-Patient*innen auf den Intensivstationen sind ungeimpft. Soll heißen: Sie müssten gar nicht hier sein und anderen den Platz wegnehmen.

Es ist traurig, dass Solidarität als Argument fürs Impfen für viele nicht ausreicht. Das Burgenland hat daher eine Impflotterie organisiert, bei der es Autos zu gewinnen gibt. Mit großem Erfolg! Und als der Staat dann die Freiheit der Ungeimpften durch die 2-G-Regel beschränken musste, sind viele Schlange gestanden vor den Impfbussen. Damit sie auf das Schnitzel beim Wirt'n oder auf den Friseur doch nicht zu verzichten brauchen.

Herausragend in der Pandemiebekämpfung ist Bürgermeister Michael Ludwig. Er hat sehr besonnen agiert, sich bereits Ende Juni vor die Kameras gestellt und Verschärfungen angekündigt. Denn: „Das Virus macht keine Ferien!“ Dafür ist er heftig kritisiert worden. Aber unser Bürgermeister hat alles richtig gemacht und echtes Leadership gezeigt, das viele in dem Land vermissen.

Wendelin

Wächter unserer Brücken

Damit die Bewohner*innen Wiens sicher von einem Ufer zum anderen kommen, dafür sorgen die Kolleg*innen der MA 29 - Brückenbau und Grundbau mit „Maulwürfen“ und SOTRAS.



BILD: © PETRA SPOLAINGI

Michael Takats
Vorsitzender
DA 108 - Stadtbau-
direktion und
Tiefbau

Die Mitarbeiter*innen des Grundbaus werden in der MA 29 liebevoll „Maulwürfe“ genannt. Sie arbeiten meist sehr tief und fast unbeachtet unter Wiens Häusern, Straßen und Plätzen. Ihre Arbeit meterweit unter der Oberfläche ist oft eine Herausforderung. Ob U-Bahn-Bau, geologische Gutachten oder geotechnische Ausgrabungen – sie prüfen und kontrollieren, damit die Sicherheit unter unseren Füßen garantiert ist. Und sie achten auf die entsprechenden Voraussetzungen, die zur Realisierung von Bauvorhaben im innerstädtischen Bereich unbedingt notwendig sind.

Was versteht man unter SOTRAS? Mit diesem Kürzel werden SonderTRANsporte bezeichnet. Denn die MA 29-Spezialist*innen dirigieren XXL-Transporte von extremen Längen und enormen Tonnen über Wiens Straßen und Brücken.

Schwierige Einsätze

Egal ob Tag oder Nacht, egal ob Sonntag oder Feiertag – unsere Kolleg*innen der Bauwerksprüfung müssen bei jeder Witterung, bei Hitze, Regen, Schnee oder Eis, oft unter komplizierten Bedingungen an exponierten Teilen einer Brücke arbeiten. Für solch sensible Einsätze steht ihnen modernste Gerätschaft zur Verfügung, um die Arbeit einiger-



BILD: © PID/VOTAVA



BILD: © PID/VOTAVA

Am 31. Oktober wurde das **180 Tonnen** schwere Ersatztragwerk für die Heiligenstädter Brücke eingehoben. Es soll während der Sanierung der Heiligenstädter Brücke ab 2022 als Verkehrsumleitung dienen - danach bleibt es als Brücke für Fuß- und Radverkehr erhalten.

maßen zu erleichtern. Auch die Sicherheit im Straßenverkehr ist immer Thema, da ein großer Teil der Arbeit auf stark befahrenen Straßen stattfindet. Sicherheit für Leib und Leben aller Beteiligten stehen dabei an vorderster Stelle.

Schwebende Brücke über dem Donaukanal

Vor kurzem wurde die kleine „Schwester“ der Heiligenstädter Brücke nach langer Vorbereitung

an einem Wochenende eingehoben. Als Fuß- und Radweg wird sie nun die Hauptbrücke entlasten. Auch diese Brücke wird künftig von den Kolleg*innen der MA 29 regelmäßig geprüft und gewartet werden; und wie alle anderen Brücken wird auch sie in Zukunft der regelmäßigen Frühlings- sowie der Herbstwartung unterzogen werden.

michael.takats@wien.gv.at

Mit einem starken, soliden Grundbau verbinden Brücken für die Ewigkeit.

„Wer denkt an die Menschen?!“

Die MA 35 ist eine Abteilung mit vielen Problemen, aber auch mit extrem viel Potenzial, um diese Probleme in den Griff zu bekommen. Wir setzen uns für rasche Verbesserungen ein.

Zugegeben, der Boulevard war uns noch nie sonderlich zugetan. Aber wenn dann noch die Social Media-Kanäle fleißig „mitspielen“, wird es heftig. Es ist noch nicht so lange her, dass plötzlich alle Medien voll mit Berichten waren, wie schlecht die MA 35 arbeitet, wie faul und unsozial die Mitarbeiter*innen dort agieren. Täglich gab es neue Berichte über Antragsteller*innen, die seit langem auf eine Erledigung warten, an der deren Existenz hängt. Der Druck auf die Mitarbeiter*innen steigt täglich – mit jeder Mail an das Bürgermeisterbüro, jedem Anruf beim zuständigen Stadtrat, jeder Beschwerde in der MA 35 selbst.

Wer außer der Gewerkschaft denkt an die Kolleg*innen vor Ort? Wie es ihnen geht, was sie denken und empfinden, wenn ihnen so viel Misstrauen entgegengebracht wird? Einige von ihnen erwähnen gar nicht mehr, wo sie arbeiten. Andere versuchen, einen anderen Job bei der Stadt zu finden. Und wieder andere kündigen einfach – viel zu viel Arbeit, und der Druck machen sie krank.

Änderungen sind notwendig

Bei allen Beschuldigungen und Vorwürfen wird darauf vergessen, dass in der „bösen“ MA 35 Menschen sitzen. Menschen, an denen nicht alles einfach abprallt. Natürlich ist in der MA 35 vieles zu verbessern. Manche Prozesse wurden bereits angestoßen, einige sind im Entstehen, manche müssen wir als PV erst anregen. Aber die Mitarbeiter*innen sind bereit, Verfahren schneller und

effizienter abzuwickeln, obwohl neue Abläufe zuerst immer zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeuten und Zeit kosten.

Immenses Tagespensum

Jede*r Kolleg*in hat täglich 120 bis 150 Akten am Tisch, 40 bis 60 davon können erledigt werden. Dazu sind Unterlagen konzentriert zu sichten, Voraussetzungen und Vollständigkeit zu prüfen, Rücksprachen mit Jurist*innen der Abteilung zu halten. Dazwischen werden Mails und Anrufe beantwortet. 50 Prozent aller Anträge müssen mit anderen Behörden abgeglichen werden (AMS, BFA, Polizei, ...), die Antwort dauert zwischen einer Woche und mehreren Monaten. Die Ausgabe von Erledigungen erfolgt im 5-Minuten-Takt. Und dazwischen Beschwerden, Drohungen, Beschimpfungen von den Kund*innen vor Ort ...

Die Bundesgesetze waren trotz

Lockdowns weiterhin zu vollziehen, Mitarbeiter*innen konnten zwar nicht ins Büro bzw. nur im Wechseldienst mit anderen, die Anträge langten aber weiterhin ein und unterliegen den gleichen Fristen wie davor – ein Rückstand war hier vorprogrammiert. Zusätzlich agieren die neun Bundesländer gerade bezüglich Einwanderung sehr unterschiedlich, der rechtliche Rahmen ist mehr als umständlich in der Abwicklung. Nicht wenige haben Papierakten mitgenommen oder im Büro noch lange nach der Dienstzeit gearbeitet, um den Rückstand wenigstens ein bisschen zu verringern. Aber davon berichtet natürlich niemand.

alexander.schuller@youunion.at

Die Mitarbeiter*innen der MA 35 haben sich ein Dankeschön verdient.



Mehr als 600.000 Kund*innenkontakte bewältigen die Kolleg*innen pro Jahr. Die durchschnittliche Wartezeit am Telefon dauert nur vier Minuten.



Alexander Schuller
Vorsitzender DA
103 - Allgemeine
Verwaltung

Wiens schnelle COVID-19-Einsatzgruppe

Die Einhaltung der COVID-19-Vorgaben kontrollieren die Kolleg*innen der Gruppe Sofortmaßnahmen gemeinsam mit der Polizei – flächendeckend.



BILD: © GRUPPE SOFORTMASSNAHMEN

Keine Eintrittskontrollen, keine Gästeregistrierung, keine Masken trotz Maskenpflicht: Ein klarer Fall für die Kollegen der Gruppe Sofortmaßnahmen. Sie kontrollieren in enger Kooperation mit der Landespolizeidirektion Wien die Einhaltung der COVID-19-Maßnahmen, flächendeckend in ganz Wien. Betroffen sind alle Sparten. Egal ob in der Tages- oder Nachtgastronomie, im Fitnesscenter, bei Friseuren oder Kosmetik-Studios bis hin zum Handel und auf Veranstaltungen. „Wir tauchen unangekündigt auf, zu den unterschiedlichsten Tages- und Nachtzeiten“, erzählt Walter Hillerer, Leiter der Gruppe Sofortmaß-

nahmen. Acht Referenten organisieren und koordinieren die Schwerpunktkontrollen in ganz Wien – und nehmen an den Aktionen auch selbst teil. „Häufen sich Hinweise, wo nicht ordnungsgemäß kontrolliert wird, dann berücksichtigen wir das sofort bei den Planungen“, so Hillerer weiter. Der Job sei sehr fordernd, sagt er, die Vorgaben des Bundes änderten sich ständig, und diese Kontrollen kämen noch zusätzlich zum Tagesgeschäft dazu.

Deeskalation statt Konflikt

Abseits der COVID-19-Spezialaufgaben kümmert sich die Gruppe Sofortmaßnahmen um tagesaktuelle Problemstellungen. Sie ist die schnelle Einsatzgruppe der Stadt Wien und unterstützt Blaulichtorganisationen bei Bränden, bei der Wiederherstellung der Infrastruktur, bei der Zurverfügungstellung von Not-

unterkünften, beim Auflösen von illegalen Veranstaltungen oder von Massenquartieren – um nur einige Themen zu nennen. „Wir nehmen die COVID-19-Kontrollen natürlich gleich zu unseren üblichen Einsätzen mit“, berichtet Hillerer. Nicht immer seien die ermahnten Personen freundlich, aber zu Tötlichkeiten sei es gottseidank noch nicht gekommen. „Meistens sind es eher die Gäste, die sich dann bemüßigt fühlen, ihr Stammlokal zu verteidigen. Wir versuchen die Kontrollen so rasch und so wenig störend wie möglich durchzuführen.“

Hohe Strafen

Wenn sich ein Betrieb jedoch weigert, die Schutzmaßnahmen zu erfüllen, dann gibt es hohe Strafen. Verwarnt wird nicht mehr. Es kommt sofort zu einer Anzeige bei der Gesundheitsbehörde, die dann über die weiteren Schritte entscheidet, sagt Hillerer. Dass Wien in der Pandemiebekämpfung im Österreich-Vergleich heute so herausragend dastehe, sei dem verantwortungsvollen Agieren der Politik und einem gut funktionierenden Krisenmanagement zu verdanken. Dazu gehören auch die laufenden Kontrollen der Einhaltung der COVID-19-Maßnahmen und vor allem das Contact-Tracing, das die beste Aufklärungsrate in Österreich aufweist. Auch das wurde von der Gruppe Sofortmaßnahmen maßgeblich mitaufgebaut. Das ist aber eine andere Geschichte.

„Verwarnt wird nicht mehr. Es kommt sofort zu einer Anzeige.“

Walter Hillerer

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Anerkennung als Beruf überfällig

„Rettungsanitäter*innen sind eigenverantwortlich für die Versorgung und Betreuung kranker, verletzter und hilfsbedürftiger Personen vor und während eines Transportes zuständig.“ *

Sanitäter*innen gehen dahin, wo andere wegrennen. Sie sind einer erhöhten Infektionsgefahr ausgesetzt. Sie schleppen täglich viele Stunden schwere Ausrüstung. Sie fahren bei jedem Einsatz teure Fahrzeuge. Sie bedienen komplizierte medizinisch-technische Geräte. Sie können wiederbeleben und retten Menschenleben – und und und ...

Jeder Einsatz ist für Rettungsanitäter*innen eine neue Herausforderung. Auch wenn die meisten routinemäßig verlaufen – es sind immer wieder schwere Unfälle, brutale Gewaltdelikte, Suizide oder andere Katastropheneinsätze zu bewältigen. Und selbst wenn „nur“ wieder einmal ein*e „schwierige*r“ Patient*in zu betreuen ist: Es braucht viel psychologisches Geschick, um immer sachlich, konzentriert und gelassen zu bleiben, nichts zu persönlich zu nehmen, das richtige Maß an beruflichem Engagement und professioneller Distanz zu finden.

Enorme Anforderungen

Es bedarf vieler Kenntnisse und Fertigkeiten, sich jeden Tag den vielfältigen Aufgaben und – manchmal extrem schwierigen – Anforderungen zu stellen. Tatsache ist: Die körperliche und psychische Beanspruchung ist enorm, für ihre Bewältigung muss man körperlich und mental fit sein. Fakt ist aber auch, dass mit zunehmendem Alter Schäden am Bewegungsapparat zunehmen, auch jahrelange psychische



BILD: © BERUFSRETTUNG WIEN

Belastungen hinterlassen ihre Spuren.

Sanitäter*in sein heißt auch, ständig zu lernen, denn Lehrmeinungen und Erkenntnisse entwickeln sich rasch weiter. Trotzdem ist Sanitäter*in kein anerkannter Beruf. Denn die Ausbildungszeit von 1.000 Stunden ist zu wenig, um als Beruf anerkannt zu werden. Sanitäter*innen gelten darum als HILFSARBEITER*INNEN! Als Helfer oder Handlanger, Ungelernte, Geringqualifizierte. Als jemand, der keine fachliche Vorbildung mitbringt und über keine branchenspezifische Berufsausbildung verfügt.

Seriöse Ausbildungsdauer

Wer glaubt, dass 1.000 Stunden Ausbildung reichen, um ein*e vollwertige*r Sanitäter*in zu sein,

der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten. In den Ländern rund um Österreich dauert die Ausbildung für Rettungspersonal durchgehend drei Jahre und wird an Fachhochschulen unterrichtet. Nur Österreich erwartet, dass Sanitäter*innen mit 1.000 Stunden Basisausbildung auf sich allein gestellt für die täglichen Anforderungen von Beginn an gewappnet sind. Bei den alljährlich stattfindenden Wettbewerben zeigt sich zwar, dass unsere Sanitäter*innen keinen Vergleich fürchten müssen. Das aber nur, weil sie sich in diversen Ausbildungsformaten auf eigene Kosten weiterbilden.



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

Erwin Feichtelbauer
Vorsitzender DA 118 -
Berufsrettung Wien

Kein Beruf heißt auch, kein Berufsschutz! Im Fall einer Berufsunfähigkeit ist aber genau dieser von besonderer Bedeutung für eine Pensionsgewährung. Es ist beschämend, dass für gesundheitlich beeinträchtigte Sanitäter*innen nach langer Tätigkeit im Dienst der Allgemeinheit für ihre verbleibenden Berufsjahre leichtere „Verweisungstätigkeiten“ gesucht werden müssen. Noch dazu, wo der Arbeitsmarkt solche Tätigkeiten nur bedingt bietet und verdienten Sanitäter*innen damit oft der Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit vorbestimmt wird.

erwin.feichtelbauer@wien.gv.at

„Kein Beruf heißt auch, kein Berufsschutz!“

Sicherheit hat keine Pause

Wichtige Bauverhandlungen, regelmäßige Baukontrollen sowie die notwendigen Fahrzeugüberprüfungen mussten auch während der Corona-Pandemie stattfinden.

Jede Verzögerung im U-Bahn-Bau kostet Geld, viel Geld. Alle notwendigen Bauverhandlungen fanden darum, immer unter Einhaltung der aktuellen Coronaschutzregeln, trotz der Lockdowns wie geplant statt. Der spannendste Bauabschnitt für die neue U5 befindet sich aktuell gerade am Frankhplatz – zwischen dem Alten AKH, der Zweierlinie und dem Schottentor. Hier laufen alle Vorbereitungsarbeiten für den Tunnelvortrieb auf Hochtouren. Bauverhandlungen für eine Großbaustelle in diesem Ausmaß sind entsprechend aufwendig. Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe bei Großbaustellen ist es immer wieder, die Verkehrswege während der Bauzeit bestmöglich aufrechtzuerhalten – nicht zuletzt auch für alle Kolleg*innen, die im Rathaus sowie im Umfeld des Schottentors arbeiten.

Baustellenkontrolle

Auch die Schwerpunktkontrollen durch das Baustellenkontrollteam auf Baustellen in ganz Wien

Die MA 46 - Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten ist verantwortlich für die Verordnungen zu Verkehrsprojekten und Baustellen, für Eisenbahnsachverständige, Luftfahrtsachverständige und für alle Verordnungen zur Verkehrssicherheit. Sie wirkt mit an Projekten der Verkehrsorganisation, bei Bewilligungen nach § 82 StVO 1960 (z. B. Werbeschilder bei Geschäften, Pflanzentröge usw.). Weiters obliegen ihr die technischen Überprüfungen jeglicher Kraftfahrzeuge - PKWs, Motorräder, LKWs, Busse, Anhänger u. v. m.



BILD: © STADTARCHÄOLOGIE WIEN

wurden ohne Unterbrechung weitergeführt. Dabei werden die Bescheidaufgaben überprüft und im Falle von Beanstandungen die Bewilligungsinhaber*innen aufgefordert, diese zu verbessern.

Da im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung auch die Ausweitung des Parkpickerls auf ganz Wien ohne Unterbrechung weiter gehen muss, war die MA 46 gefordert, die notwendigen Verhandlungen unter den größten Sicherheitsvorkehrungen wie geplant zu organisieren. Für die knapp 90 Vertreter*innen aus den Bezirken sowie aus den Fachdienststellen wurde extra der große Festsaal im Rathaus angemietet.

Projekt Stadtstraße

Auch das Verfahren zur Umweltverträglichkeit der Stadtstraße fällt in den Verantwortungsbe- reich der MA 46 – und wurde ohne Verzögerungen durchgeführt.

Für die Überprüfung von Fahrzeugen hat die MA 46 eine Expo-

situr, die Landesfahrzeugprüfstelle im 11. Bezirk. Dort wird vom Abgasausstoß über Lärm- entwicklung bis zum Bremsweg fast alles in Minutenschnelle gemessen und ausgewertet. Für Vorort-Überprüfungen gemeinsam mit der Polizei steht auch ein hochmoderner Prüfzug, der „Roadrunner Schreck“, zur Verfügung.

Technische Sicherheit

Um die Sicherheit auf der Straße zu gewährleisten, werden von der Magistratsabteilung Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten auch Umbauten an Fahrzeugen begutachtet und genehmigt. Darüber hinaus zählen die Überprüfungen von Gefahrguttransporten und die Durchführung von Flügen zur Erhaltung der Pilotenlizenz zu den Aufgaben der MA 46, genauso wie die Ermächtigung der KFZ-Werkstätten zur Pickerlüberprüfung.

michael.rumpeltes@wien.gv.at

Herausforderung Schulstart

Nach so vielen Monaten der COVID-19-Pandemie rechnet man mit einem durchorganisierten Start eines neuen Schuljahrs ohne Probleme. Wie man sich täuschen kann.

Mittlerweile sollte es sich bis zu Bildungsminister Heinz Faßmann herumgesprochen haben, dass es neben Maturanten auch noch eine Volksschule, eine Mittelschule, Polytechnische Schulen, Berufsschulen sowie Sonderschulen gibt. Klar! Natürlich weiß das Bildungsministerium, welche Schultypen, vor allem aber wie viele Schulen es in jedem Bundesland gibt – nur genutzt hat uns das Wissen des Ministeriums darüber nicht im Geringsten. Masken für Schulwarte gibt es jetzt zwar ausreichend. Nur leider sind die Köpfe der Bediensteten der MA 56 nicht maskenkonform und meistens ein wenig zu groß. Test-Kits haben wir an den Standorten wesentlich mehr als Kinder bzw. Schüler – dafür fehlt es an sozialer Wärme.

Die Bildungsdirektion, ehemals Stadtschulrat, gleicht einem Hochsicherheitstrakt. Zutritte sind nur mit geeigneten Schreiben möglich. Vor verschlossenen Türen steht man trotzdem und muss erst mühsam über die Haussprechanlage erklären, warum man Zutritt möchte. In den Amtshäusern mit den Außenstellen der Bildungsdirektionen ein ähnliches Bild. Für all jene, die es betrifft, ein nicht tragbarer Zustand.

Fehleinschätzungen ...

In der Bildungsdirektion ist man offenbar auch der Ansicht, Schulwart*innen besitzen einen Klein-LKW als Dienstfahrzeug.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / HALFPOINT

Auch nach mehr als einem Jahr Pandemie ist Corona eine Herausforderung für den Schulbetrieb

Anders ist es wohl kaum zu erklären, dass davon ausgegangen wird, Schulwart*innen könnten drei riesige Kartons Gurgeltests vom 1. Bezirk in die Schule transportieren.

Geeignete – nämlich auch wirklich passende – Einweghandschuhe sind immer noch Mangelware. Wenn sie ausgehen, darf man diese nicht einfach nachbestellen. Man kann diese ja ohnehin kaufen – mit privatem Geld! Dafür könnten Raumpfleger*innen und Schulwart*innen mittlerweile in Desinfektionsmittel baden.

... und Zumutungen

Schulleiter*innen und deren Vertretungen sind oft auch der Ansicht, der „Hausmeister“ sei zum persönlichen Lakaien degradiert worden. Nicht nur die neu anfallenden Dienstwege erschweren den Alltag – auch der Mangel an Einsicht innerhalb der Dienststelle stellt jede*n Angestellte*n vor große Herausforderungen.

Verspernte Türen, um schulfremde Personen am Eintritt zu hindern, und offene Fenster im gesamten Gebäude, weil man noch immer nichts mit dem Begriff Stoßlüften anfängt, gehören leider zur täglichen Realität. Beim Einhalten von Dienstanweisungen, aber auch beim Nichteinhalten von Dienstanweisungen sind Unannehmlichkeiten damit vorprogrammiert.

Für jede*n Dienstnehmer*in stellen diese und viele andere sittenwidrige Umstände eine enorme Herausforderung dar. Aber unsere Schulwart*innen sind Meister*innen der Improvisation. Haben sie in den Schulen doch viel gelernt; oder wie man so schön sagt: „Man lernt nie aus.“

nikolaus.benkovich@wien.gv.at

„Unsere Schulwart*innen sind Meister*innen der Improvisation.“



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

Nikolaus Benkovich
DA 124 - Wiener
Schulen, Wartung &
Service



BILD: © ROBERT RUBAK

Am 14. Oktober demonstrierten über 1.000 Kolleg*innen unter dem Motto „Jetzt gibt's Wirbel“ vor dem Bildungsministerium, um zu zeigen: Wir lassen uns nicht länger ignorieren.

Alle Jahre wieder ...

... kommt die Weihnachtszeit - und mit ihr der Wunsch nach der „heilen Welt“. In den elementaren Bildungseinrichtungen und Horten sind die Kolleg*innen jeden Tag mit diesem Wunschtraum konfrontiert.

Es ist eine Idylle, die sich Eltern und Gesellschaft von Kindergärten erwarten, und die dort Beschäftigten müssen sich in ihrer Arbeit mit diesen Illusionen auseinandersetzen: Eltern, die nicht begreifen, dass ihr Kind bei all seinen Einzigartigkeiten nicht den ganzen Tag das Zentrum der Aufmerksamkeit

sein kann. Ein Betrieb, der verlangt, dass man alles verstehen, auf alles eingehen und für alles eine individuelle Lösung finden soll. Eine Gesellschaft, die elementare Bildungseinrichtungen als verantwortlichen Schlüssel für jegliches Problem benennt.

In den letzten Jahrzehnten hat sich unsere Gesellschaft, unsere Welt extrem gewandelt. Posen statt Haltung und Inszenierung statt Erleben. Ist das der neue Weg? Auch die Arbeitswelt hat sich stark verändert. Die Schreib-

maschine ist verschwunden, das Festnetz eine Rarität, die Digitalisierung hat uns im Griff. Die Cloud mag sich zwar alles merken, aber man findet nichts mehr.

Hohe Erwartungen

Die generell herausfordernde Arbeitssituation der elementaren Bildungseinrichtungen und Horten hat sich über Jahrzehnte sukzessive verstärkt. Kinder sollen sich schnell in die Gruppe integrieren, sich gesund ernähren, ihre Bewegungsfreude erhalten und ausbauen, sich keinesfalls

„Traumjob Kindergarten? Scheinbar nur für die, die gerne träumen, aber nicht dort arbeiten.“

verletzen, Deutsch lernen und mit Fremdsprachen in Kontakt kommen, ihre Kreativität weiterentwickeln, gewaltfrei kommunizieren, keine Geschlechterstereotypen erleben, sich durchsetzen, teilen, Müll trennen, die Hände hygienisch einwandfrei waschen ... Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Die Zahl der „Arbeitsaufträge“ ist explodiert. Der Ruf nach mehr Personal und verbesserten Rahmenbedingungen dazu wird ignoriert. Eine Zeit lang konnten Kolleg*innen das durch noch mehr Einsatz und durch noch mehr Engagement ausgleichen – weiterhin eine heile Welt vorgaukeln. Aber irgendwann ist die Luft draußen! Es reicht.

Wie schaut's wirklich aus?

Kindergartenleiter*innen verlieren sich gezwungenermaßen immer mehr in der Administration. Listen und unzählige Zettel, die von Eltern und Mitarbeiter*innen gelesen und unterschrieben werden müssen – keine Rede vom papierfreien Büro. Dokumentationen und Informationsflut soweit das Auge reicht. Zeit für Personalarbeit bleibt kaum.

Das pädagogische Personal will und soll möglichst ideale Voraussetzungen schaffen, damit



Kindergartenpädagogin Andrea ärgert sich, dass die Anliegen der Kolleg*innen zu wenig Gehör finden.



Der Beirat für Elementarpädagogik wollte ein weiteres Mal ohne die Stimme der dort Beschäftigten tagen. So geht es nicht!

Kinder Bildung erfahren können. Sie analysieren, planen, reagieren, reflektieren und dokumentieren vor allem. Wird der Aufwand wirklich für die Kinder betrieben, oder um Mappen zu füllen? Geht es wirklich um den Prozess, oder doch eher um ein Produkt, das man sehen und bewerten kann?

Assistent*innen unterstützen, wo sie können und schupfen „nebenbei“ von der Hygiene bis zur gesunden Ernährung den Laden. Wenn alle Stricke reißen, ersetzen sie ganz selbstverständlich Pädagog*innen. Ihre Qualifikation ist selbst angeeignet, ihre Bezahlung ein Dankeschön. Im gesamten Bereich der elementaren Bildungseinrichtungen und Horte herrscht ein Mangel an Personal. Traumjob Kindergarten? Scheinbar nur für die, die gerne träumen, aber nicht dort arbeiten.

Der Realität ins Auge blicken

Der Beruf soll keinesfalls schlecht geredet werden. Es geht darum, die Gegebenheiten anzuerkennen und sich von den unzähligen Illusionen zu verabschieden. Es ist Zeit für klare Worte ohne Weichzeichner, Schönfärberei und Romantisierung!

Es geht darum, endlich den Mut aufzubringen, große und dringend notwendige Verände-

rungen anzugehen. Dafür wurde im Oktober demonstriert – dafür lohnt es sich, die Stimme immer und immer wieder zu erheben. Ja, wir „können auch laut“.

Wir fordern eine Ausbildungs-offensive, die mit einem Ausbau der BAfEPs (Bildungsanstalten für Elementarpädagogik) in allen Bundesländern einhergeht. Wir fordern ein Bundesrahmengesetz für einheitliche Rahmenbedingungen und vergleichbare qualitätsverbessernde Regelungen in ganz Österreich. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal. Es muss endlich mehr Geld für elementare Bildungseinrichtungen und Horte in die Hand genommen werden

Wir Gewerkschafter*innen setzen uns weiterhin beharrlich für bessere Arbeitsbedingungen ein. Dazu brauchen wir die Unterstützung unserer Mitglieder. Wir bleiben dran – Du auch!

margit.pollak@wien.gv.at
marianne.klepac-baur@wien.gv.at

„Im gesamten Bereich der elementaren Bildungseinrichtungen und Horte herrscht ein Mangel an Personal.“



Margit Pollak
Vorsitzender-Stellvertreterin
Hauptgruppe 1



Marianne Klepac-Baur
Referentin für
Elementar- und
Hortpädagogik

Gehaltsverhandlungen sind abgeschlossen!

Bei den Gehaltsverhandlungen 2022 wurde ein guter und fairer Abschluss erzielt: durchschnittlich gibt es ein Plus von drei Prozent – niedrige Einkommen werden stärker angehoben als hohe.

In der dritten Verhandlungsrunde am 2. Dezember haben sich die Gewerkschaften GÖD und younion und die Regierung geeinigt: Die Beamten bekommen für das kommende Jahr eine durchschnittliche Gehaltserhöhung um 3 Prozent. Vereinbart wurde außerdem eine soziale Staffelung – niedrige Einkommen werden ab 1. Jänner 2022 um 3,22 Prozent angehoben, dieses Plus wird dann bis auf 2,91 Prozent für hohe Einkommen abgeschmolzen. Vergütungen sowie Zulagen werden ebenfalls um 3 Prozent erhöht.

Gutes Ergebnis

Die dritte und letzte Verhandlungsrunde fand aufgrund des Lockdowns in kleinem Kreis statt. Dabei waren der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), Norbert Schnedl, der für die Gemeindebediensteten zuständige younion-Chef Christian Meidlinger und der für die Beamten zuständige Vizekanzler Werner Kogler (Grüne).



BILD © OGB

„Das ist ein faires Ergebnis für alle Kolleg*innen, das die Teuerungen aufgrund der Pandemie berücksichtigt, freut sich HG 1-Vorsitzender Manfred Obermüller über das noch rechtzeitig vor Weihnachten erreichte Ergebnis. Denn ausgehend von der errechneten Inflation von 2,1 Prozent ergibt das eine spürbare Reallohnsteigerung. Zur Erklärung: Die errechnete Inflation bezieht sich auf die vergangenen Quartale, vom 1. Oktober 2020 bis 30. Septem-

ber 2021. Bei den kommenden Gehaltsverhandlungen werden wieder die vier Quartale zuvor herangezogen – das hat sich seit Jahren bewährt.

Soziale Staffelung

Auch Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, ist zufrieden: „Mit einer sozialen Staffelung haben wir es erreicht, dass die kleineren Bezüge um 3,22 Prozent steigen. Und die großen Bezüge um 2,91 Prozent.“

Direkt betroffen von den Gehaltsverhandlungen sind 225.000 Personen (Bundesbedienstete und Landeslehrerinnen), indirekt betroffen sind die 308.000 Bediensteten der Länder und Gemeinden, die den Bundesabschluss meist übernehmen. Die Kosten für das Bundesbudget wurden mit 447 Millionen Euro beziffert.

Gehaltsabschluss 2022			younion
			Die Daseinsgewerkschaft
Bruttogehalt	Steigerung %	Steigerung im Monat	Steigerung im Jahr
2.000 €	3,17 %	63,40 €	887,60 €
2.500 €	3,11 %	77,65 €	1.087,10 €
3.000 €	3,06 %	91,90 €	1.286,60 €
3.500 €	3,03 %	106,15 €	1.486,10 €
Durchschnittliche Steigerung: +3 %		Zulagen und Nebengebühren: +3 %	
Vorbehaltlich der Beschlüsse der jeweiligen Gremien			

Zweierlei Maß

Offene Diskriminierung wird zwar seltener, die verinnerlichteten veralteten Rollenbilder bestimmen jedoch nach wie vor unsere Blickwinkel und Bewertungen.

So einem X- oder Y-Chromosom wird neben der biologischen Wirkung von Mann und Frau auch eine gesellschaftliche Bedeutung beigemessen. Frauen sind sensibel und haben ein Gespür fürs Schöne – Männer sind direkt und einfach Macher. Während Männer etwas vehement einfordern, sind Frauen gleich hysterisch. Männer wissen, was sie wollen, sind konsequent und verfolgen beharrlich ihre Ziele – Frauen sind zickig. Haben sie Durchsetzungsvermögen, sind sie Furien und haben Haare auf den Zähnen. Dafür liegt Frauen der Umgang mit Kindern und alles Fürsorgliche und Soziale. Männer sind in Sachen Kinderbetreuung oder Pflege entweder ungeschickt, oder es werden ihnen schnell böse Absichten unterstellt.

Unlogische Argumente

Dass Frauen in der Lage sind, den gesamten Haushalt inklusive kleiner und großer Familienfeste perfekt für alle zu organisieren – jedoch ungeeignet, ein Unternehmen zu führen, liegt klar auf der Hand. Und nur weil viele Männer ihr Auto bis zur Selbstaufgabe pflegen können, befähigt sie das offenbar nicht, Geräte wie eine Waschmaschine, einen Herd oder einen Staubsauger zu bedienen.

Falsche Schlüsse

Die Kombination Kinder und Karriere wird je nachdem, ob es um die Karriere eines Mannes oder die einer Frau geht, äußerst un-

terschiedlich gesehen. Sie muss sich schon sehr anstrengen, um nicht als Rabenmutter dazustehen – nach der Vereinbarkeit von Job und Familie wird nicht einmal gefragt. Geht er in Karenz, ist er entweder ein Weichei oder ein role model für eine ganze Generation. Frauen ohne Lebenspartner sind hochgradig frustriert, alleinstehende Männer hingegen coole Typen, denen mit einem Augenzwinkern zugestanden wird, dass sie ihre Unabhängigkeit und Freiheit eben in vollen Zügen genießen wollen.

Nach wie vor werden Frauen nicht an den Inhalten ihrer Aussagen oder Taten gemessen, sondern an Aussehen und Auftreten. Frisur, Make-up, Schuhe, ... überall lauern Fettnäpfchen: Stylt sie sich, gilt sie als eitel und oberflächlich. Tritt sie gar weiblich auf, ist sie nicht ernst zu nehmen. Ist der Look dezenter, oder ihr gar

nicht so wichtig, unterstellt man gerne, sie würde sich für ihre Weiblichkeit schämen.

Solche Vorurteile tragen wir – ob Mann oder Frau – unbewusst in uns. Es wäre höchst an der Zeit, unsere Maßstäbe zu überdenken und neu Maß zu nehmen. Es wäre höchst an der Zeit, alte Rollenbilder in uns aufzubrechen. Wenn wir es nicht tun, kann sich auch nichts ändern. Die Welt ändert sich nicht für uns, sondern nur mit uns. Dazu braucht es nur Verantwortung und Engagement – von uns allen, egal ob mit oder ohne Y-Chromosom.

regina.mueller@wien.gv.at

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / YAKOBCHUK VIACHESLAV



BILD: © PETRA SPIOLA/NGI

Regina Müller
Frauvorsitzende
sowie Referentin für
Frauen, Jugend und
Diversität

Behindertenvertretung ist **Anlaufstelle Nr. 1**

Nur wenn die Behindertenvertrauensperson bei Problemen mit Kolleg*innen mit Behinderungen von der Dienstgeberin im Vorfeld eingebunden wird, sind konstruktive Lösungen möglich.



BILD: © PETRA SPIDL/ANGI

Harald Castek
Behindertenvertrauenspersonen-
Landessprecher

Kommt ein*e Kolleg*in mit einer negativen Dienstbeurteilung zur Behindertenvertrauensperson, ohne dass diese von der Dienstgeberin über offenbar anstehende Probleme informiert wurde, ist ein Hilfsangebot der Behindertenvertrauensperson nicht mehr möglich. Landet eine in Aussicht genommene Kündigung erst im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Frist zur Stellungnahme bei der Behindertenvertrauensperson, ist schon viel passiert, was das Finden eines Wegs aus der Sackgasse erheblich erschwert. Dabei sollen dem Behinderteneinstellungsgesetz folgend Menschen mit Behinderungen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse eingesetzt und im Arbeitsprozess gehalten werden.

Expert*innen für beide Seiten

Die Behindertenvertrauenspersonen sind nicht nur Ansprechpartner*innen für Kolleg*innen mit Behinderungen in den Dienststellen, sie sind auch Ansprechpartner*innen für die Führungskräfte in der Stadt Wien. Für alle personalverantwortlichen Mitarbeiter*innen haben wir eine Reihe kostenloser Hilfsangebote für schwierige Arbeitssituationen in der Dienststelle,



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / ANDREY POPOV

die bis hin zum Jobcoaching für Kolleg*innen mit Behinderungen reichen. Wir sind mit relevanten Einrichtungen gut vernetzt und vertraut und kennen die geeigneten Ansprechpartner*innen.

Um derartige Hilfsangebote installieren zu können, bedarf es aber der guten, intensiven Zusammenarbeit mit den Behindertenvertrauenspersonen. Es hat sich gezeigt: Je früher Probleme aktiv angegangen werden, desto leichter können sie gelöst werden.

Rechtliche Vorgabe

Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht für diese Zusammenarbeit auch eine Rechtsgrundlage vor. So regelt § 22a Abs. 9, dass der Betriebsinhaber verpflichtet

ist, sich mit der Behindertenvertrauensperson zu beraten und dieser alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte erteilen muss. Außerdem muss er die Behindertenvertrauensperson über substantielle, das Arbeitsverhältnis betreffende Angelegenheiten der Kolleg*innen mit Behinderung informieren. Nur wenn rechtzeitig offen über Probleme gesprochen wird, können gemeinsam konstruktive Lösungswege erarbeitet werden. Durch ein konstruktives Miteinander von Vorgesetzten, Kolleg*innen mit Behinderungen und Behindertenvertrauenspersonen sind schon viele Lösungen möglich gemacht worden.

harald.castek@wien.gv.at

**Die Behindertenvertrauenspersonen
sind die Spezialist*innen bei
Problemen.**

Fachkräfte fallen nicht vom Baum

Corona, fehlende Ausbildungsmöglichkeiten in den Betrieben und schlechte Arbeitsbedingungen haben ein bereits seit Jahren bestehendes Problem verschärft.

Die Corona-Pandemie hat ein schon länger bestehendes Problem am Arbeitsmarkt noch deutlich verschärft: den Fachkräftemangel. Und dies nicht nur in jenen Bereichen, die durch die Pandemie besonders gefordert wurden und aktuell wieder verstärkt gefordert werden. Das sind allen voran der Bereich Elementarpädagogik sowie der Pflegebereich. In beiden Bereichen machen sich die jahrzehntelangen Versäumnisse des Bundesgesetzgebers besonders bemerkbar: das Fehlen eines einheitlichen Rahmengesetzes für die Elementarpädagogik sowie fehlende Investitionen in verstärkte Ausbildungsmöglichkeiten.

Auch in anderen Branchen hat Corona die Situation erheblich verschlimmert. Es fehlen viele Fachkräfte im IT- und Technikbereich, vor allem für anspruchsvolle, höher qualifizierte Aufgaben. Hier zeigt sich auch, wie sehr sich das Fehlen von Frauen rächt. Denn viele technische Berufe verzichten fast vollständig auf Frauen.

Arbeitsbedingungen zentral

Viele Arbeitnehmer*innen in der Gastronomie und im Hotelgewerbe haben während der Pandemie ihre Arbeit verloren und sich darum neu orientiert. Nicht wenige Betriebe in der Gastronomie und der Hotellerie haben nun erhebliche Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden. In beiden Branchen wird man – neben besserer Bezahlung – vor-



BILD: © SYMBOL FOTO SHUTTERSTOCK, ROBERT KNEŠČIČE

allem auch an den Schrauben der Arbeitsbedingungen drehen müssen. In beiden Gewerben sind überdies die Arbeitsbedingungen sehr familienfeindlich. Nicht umsonst beginnen Spitzenunternehmer vermehrt, für ihre Angestellten ordentliche Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und kürzere Arbeitszeiten anzubieten.

Lehrlingsausbildung forcieren

Die Versäumnisse der letzten Jahre ließen sich schon beheben. Dazu werden aber ausreichende Investitionen notwendig sein. Auf der einen Seite müsste die Lehrlingsausbildung in den Betrieben wieder verstärkt werden. Auf der anderen Seite gibt es viele arbeitslose Arbeitnehmer*innen ohne Berufsausbildung, die eine Möglichkeit brauchen, um über den zweiten Bildungsweg zu einem

Berufsabschluss zu gelangen. Eine weitere Möglichkeit sind Fachkräftestipendien für Mangelberufe. Damit könnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: weniger Arbeitslose – mehr Fachkräfte.

Der Gesetzgeber ist zweifach gefordert: Er muss einerseits die Betriebe in die Pflicht nehmen, um faire Rahmenbedingungen in den schon lange bekannten Problembranchen zu schaffen, andererseits muss er aber auch die Arbeitnehmer*innen dazu bringen, dass diese sich besser qualifizieren. Beides ist dringend notwendig, um den sich verstärkenden Arbeitskräftemangel aufgrund der Pensionierungen der Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren abzufangen.

guenter.unger@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPOLAHNGI

Günter Unger
Vorsitzender-
Stellvertreter,
Bildungsreferent
und Internationale
Vertretungen

Staatsbürgerschafts- und Einwanderungsverfahren

150.000

Anträge pro Jahr

600.000

Kund*innenkontakte pro Jahr

4 Minuten

durchschnittliche
Wartezeit
bei Anrufen

lediglich **3,2%**
offene Verfahren

50% der EWR-
Anträge noch am
selben Tag erledigt



Zahlen, bitte!

Die MA 35

ist neben Staatsbürgerschafts-
und Einwanderungsverfahren
auch für die Brexit-Verfahren
sowie die Anträge
für NS-Opfer und deren
Nachkommen
zuständig.

Anrufe*

23.506

beantwortete Anrufe,
davon

9.935

direkt im First-Level
erledigt



Tickets*

13.571

Tickets erstellt

11.078

Fachbereich Einwanderung

2.442

Fachbereich Staatsbürgerschaft

7.524

sofort erledigte Tickets



*Zeitraum: 1.-31. Oktober 2021

Staatsbürgerschaft für NS-Opfer und deren Nachfahren

99%

aller weltweiten Verfahren
bearbeitet die MA 35

5.396

Personen haben die österreichische
Staatsbürgerschaft erhalten

8.398

positiv abgeschlossene Verfahren

Brexit

3.223

Verfahren
positiv abgeschlossen

2.466

Personen
wurde Aufenthaltstitel
bereits zugestellt



Echt gut!

„Ich gehe kommende Woche ins Bundeskanzleramt und schaue, wer dort ist.“

Bürgermeister **Michael Ludwig** ✓✓

„Sebastian Kurz hat zwei Wahlen gewonnen. Und Lance Armstrong sieben Mal die Tour de France.“

Ex-ÖVP-Chef **Reinhold Mitterlehner** wirft Kurz „unerlaubtes Doping“ vor ✓✓

„Das war eher eine Mini-Vorlesung in christlicher Soziallehre.“

Politologe **Peter Filzmaier** zu Karl Nehammers Antrittsrede ✓✓

Echt böse!

„...., weil sich Österreich so einen autoritären, bildungslosen, substanzlosen Rotzbuam schlicht und einfach nicht verdient hat.“

Ex-Politiker **Peter Pilz** ✓✓

„Ich bin am Rande des existenziellen Ruins.“

Spendenauftrag des ehemaligen Vizekanzlers und FPÖ-Chef **Heinz-Christian Strache** ✓✓

**Post aus Brüssel****Glasgow ist überall**

Die belgische Hauptstadt hat viel in Verkehrsberuhigung und mehr Platz für Menschen investiert: mit Fußgänger*innenzonen in vielen Bezirken, Tempo 30 in der ganzen Stadt, einer eigenen Radspur auf der Autobahn, und – ganz neu – einem Radweg in der Straße vor dem Wien-Haus. Überall in Europa geht es darum, die Mobilität in Zukunft umweltfreundlich zu organisieren. Das ist ein zentrales Thema der großen Klimakonferenz in Glasgow.

Im Kleinen, vor unserem Büro, war in der Nebenfahrbahn ja auch wirklich ein wildes Gewühl an der Tagesordnung, auf dem engen Gehsteig spießten sich die Zufußgehenden mit den Radfahrenden, die Autos kamen mit der Bim und den Bussen ständig ins Quirx, und Bauarbeiten sowie die berühmte Müllsackerwirtschaft haben die Lage immer wieder verschärft. Menschen im Rollstuhl oder mit Kinderwägen waren praktisch chancenlos. Nun haben wir also einen knallroten Radweg vor dem Eingang, die Parkplätze sind verschwunden, die Trasse der Straßenbahn ist sauber von der Fahrbahn der PKWs getrennt. Wir hoffen, kommendes Jahr kleine Solarladestationen für Elektroräder vor dem Haus montieren zu können, Fahrradständer von der MA 28 haben wir ja schon lange, und sie werden gut genutzt.

Im Großen geht es aber nicht nur um die Frage, ob alle mit Elektroautos statt mit Diesel fahren. Das ist in Belgien ohnehin haarig, weil der Strom dafür zwar aus der Steckdose kommt, leider aber im AKW produziert wurde. Dass sich viele Automobilhersteller jetzt zu einem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen verpflichten, ist fein. Dass sich aber immer wieder auch die Atomkraftlobby meldet, um den Beitrag der AKWs zum Klimaschutz zu betonen, ist für die gelernte Österreicherin alarmierend.

Michaela Kauer, MBA

Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel



Mag. David Vladar

Neuer Abteilungsleiter der MA 69

David Vladar trat wenige Monate nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften im Jahr 2007 seinen Dienst für die Stadt Wien an. Er sammelte erste Erfahrungen in der Stadtverwaltung im MBA 16, MBA 1/8 und bei Wiener Wohnen. Zwischen 2008 und 2021 brachte er seine Kenntnisse in der MA 65 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) ein, deren stellvertretender Leiter er ab 2014 war.

Im Zuge seiner Tätigkeit in der MA 65 startete er im Jahr 2017 das Digitalisierungsprojekt „Wien gibt Raum“, das die Verwaltung öffentlicher Flächen modernisiert und mittlerweile ein bedeutendes und international ausgezeichnetes Leuchtturmprojekt der Stadt ist. Überdies begründete er mit der Personaldirektion die abteilungsübergreifende Initiative „wir-bestimmt-arbeiten“, die das Ziel verfolgt, ein sicheres, selbstbestimmtes und zufriedenstellendes Arbeitsumfeld für alle Kolleg*innen zu schaffen.

Seit April 2021 befasste sich David Vlader in der Magistratsdirektion, Organisation und Sicherheit in der Stabsstelle „Projektbetreuung“ mit Krisenmanagement, Projektmanagement und Organisationsentwicklung.



Dipl.-Ing. Andreas Januskovecz

Zum Bereichsleiter für Klimaangelegenheiten bestellt

Forstdirektor **Andreas Januskovecz** koordiniert ab sofort die Klimaangelegenheiten in Wien. Der neue Aufgabenbereich umfasst:

- Zukunftsorientierte Gesamtsteuerung der Klimaschutzagenden, der Klimaanpassung und der Kreislaufwirtschaft im Magistrat, Mitwirkung an strategischen Entwicklungen klimarelevanter Themenfelder sowie Etablierung, Monitoring und Weiterentwicklung magistratsweiter Standards und Prozesse
- Etablierung geeigneter Instrumente für die wirkungsvolle Planung und Umsetzung notwendiger Maßnahmen und Vorhaben
- Koordination und Informationsaustausch mit allen relevanten Organisationen im Einflussbereich der Stadt Wien, insbesondere der Wiener Stadtwerke GmbH, für ein abgestimmtes Vorgehen
- Impulsgeber zu Etablierung des Bewusstseins für eine ganzheitliche Kultur der klimaneutralen, resilienten und zirkulären Stadt
- Thematische Analysen, Trendbeobachtung, Wissensaustausch und Vernetzung zwischen relevanten Stakeholdern, insbesondere mit Institutionen der Wissenschaft und Forschung



Ing. Christian Meidlinger

Als neuer yunion-Vorsitzender wiedergewählt

Christian Meidlinger wurde mit 98,5 % als Vorsitzender im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter*innen sind Petra Berger-Ratley (99 %), Franz Fischer (99,5 %), Christa Hörmann (95,5 %), Christian Jedinger (98,5 %), Angela Lueger (97 %) und Manfred Obermüller (94,6 %).

Christian Meidlinger: „Das Ergebnis gibt einen enormen Rückhalt dort weiterzukämpfen, wo es so dringend Verbesserungen braucht. Wir haben Berufsgruppen, die durch die Pandemie aufgegeben werden, sie können bald nicht mehr. Andere sind durch den Lockdown zum Stillhalten gezwungen worden, da geht es um Existenzen. Die Bundesregierung muss die dramatische Lage endlich erkennen – und handeln!“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen schickte eine Grußbotschaft per Video: „Vielen Dank für das Nicht-Lockern, den unermüdlichen Einsatz, für die gelebte Solidarität innerhalb der Gewerkschaft und das stetige Bemühen um Fairness an den Arbeitsplätzen.“

Auch der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig meldete sich per Video zu Wort: „Wer hält Städte und Gemeinden am Laufen? Es sind jene Menschen, die in der Daseinsvorsorge tätig sind. Zum Teil unter höchster Anspannung und unter einem ungeheuren Maß an Einsatzbereitschaft.“

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



**Kurt
Mrzena-
Merdinger**

Mit welchem Gehaltsverlust muss ich bei Rückreihung im W-BedG rechnen?

Mrzena-Merdinger: Im Wiener Bedienstetengesetz wurde die Möglichkeit der Rückreihung verankert. Eine Rückreihung ist eine Verwendungsänderung, bei der die Bediensteten dauerhaft einer niedriger bewerteten Modellstelle zugeordnet werden. Das kann auch zu Gehaltsverlust führen.

Eine Rückreihung ist prinzipiell nur zulässig, wenn Bedienstete diese schriftlich beantragen bzw. ihr schriftlich zustimmen oder diese von der Dienststelle aufgrund einer Organisationsänderung, bei gesundheitlicher Nichteignung, wenn wichtige dienstliche Interessen vorliegen oder aufgrund der Verletzung von Dienstpflichten verfügt wird. Die Bediensteten werden nach erfolgter Rückreihung in eine niedriger bewertete Modellstelle in die Gehaltsstufe eingereiht, die sich durch Berücksichtigung der Gesamtdienstzeit aufgrund der besoldungsrechtlichen Stellung ergibt.

Erfolgt die Rückreihung in Folge einer Organisationsänderung, gesundheitlicher Einschränkungen aufgrund eines Dienstunfalls oder einer Berufskrankheit bzw. aus sozialen Erwägungen, ist der Gehaltsverlust mit 13 Prozent „gedeckt“. In diesem Fall erhalten Bedienstete eine Ergänzungszahlung in Höhe der Differenz zwischen dem Gehalt der höher bewerteten Modellstelle und dem um mehr als 13 Prozent geminderten Gehalt der niedriger bewerteten Modellstelle.

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at



**Margit
Pollak**

Bekomme ich den Kinderbeitrag, wenn mein Kind das 18. Lebensjahr vollendet hat?

Margit Pollak: Ja, unter bestimmten Voraussetzungen.

Einen Anspruch auf den Kinderbeitrag hat man

- wenn für das Kind Familienbeihilfe gebührt
- für volljährige Kinder, die sich in Berufsausbildung befinden und die die Voraussetzungen für die Gewährung der Familienbeihilfe erfüllen
- für ein Kind, welches das 26. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, den Präsenzdienst oder Zivildienst leistet und für das Kind unmittelbar vorher Kinderzulage gebührte – und weder das Kind noch die bzw. der Ehegatt*in über eigene Einkünfte verfügen, welche die Hälfte des Anfangsgehalts der Verwendungsgruppe C erreichen

WICHTIG! Die Auszahlung erfolgt nicht automatisch durch die MA 2, sondern nur auf Antrag. Grundlage dafür ist der Familienbeihilfenbescheid oder die Mitteilung (Kopie) vom Finanzamt. Die Auszahlung erfolgt für den Zeitraum, für den vom Finanzamt die Familienbeihilfe weiter anerkannt wurde.

Der Kinderbeitrag ist ein Bezugsbestandteil und wird nach Höhe des Beschäftigungsmaßes ausbezahlt. D. h. nur bei Vollbeschäftigung wird die Kinderzulage in der Höhe von 14,53 Euro pro Kind ausbezahlt. Siehe auch § 4 der Besoldungsordnung 1994. Für weitere Auskünfte wenden Sie sich an die Personalvertretung in Ihrer Dienststelle.

margit.pollak@wien.gv.at

Urologie: Vorsorge und Früherkennung für alle

Urolog*innen werden noch sehr oft als „Männerärzte“ bezeichnet. Doch die Fachärzt*innen für Urologie im Sanatorium HERA sind nicht nur für die Erkrankungen der männlichen Genitalorgane da.



Moderne Urologie befasst sich mit der Diagnose und Therapie der verschiedenen Erkrankungen der Harn- und Geschlechtsorgane – also von Nieren, Harnleitern und Harnröhre bei Männern wie bei Frauen, sowie der Hoden, der Samenwege und der Prostata beim Mann. Beschwerden wie Harnwegsinfekte, Harninkontinenz, Nierensteine bis hin zur Niereninsuffizienz treten bei Frauen wie bei Männern gleichermaßen auf.

Dank der kurzfristigen Terminvergabe, dem hausinternen Labor sowie dem hausinternen Röntgen können nahezu alle akut-urologischen Erkrankungen bei Frauen und Männern rasch abgeklärt und behandelt werden. Sollte ein operativer Eingriff nötig sein, kom-

men hochmoderne Operationsverfahren zum Einsatz, entweder ambulant oder im Rahmen eines stationären Aufenthalts.

Innovative OP-Verfahren

Im Bereich der operativen Urologie ermöglichen neue innovative Technologien wesentlich kürzere OP-Zeiten mit deutlich verbesserten Operationsergebnissen. Dadurch kann die stationäre Aufenthaltsdauer deutlich reduziert werden. Die enge interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Vorsorgezentrum des Sanatorium HERA sowie mit dem hausinternen Tumorboard, aber auch die regelmäßigen Röntgenvisiten garantieren für KFA-Patient*innen onkologische Medizin auf höchstem Niveau.

Die spezifische Beratung, Untersuchung, Diagnose und Therapie der verschiedensten Beschwerden von Männern in Bezug auf Sexualität und Hormonspiegel wird heute als Andrologie bezeichnet. Sie ist dem Fachbereich der Urologie zugeordnet. Im Zentrum der andrologischen Behandlung steht die Untersuchung des Genitals, ergänzt von einer Ultraschalluntersuchung der Hoden und der Prostata.

Spezialgebiet Andrologie

Auch der Mann kann in die Wechseljahre kommen: in die Andropause. Ab dem 40. Lebensjahr verändert sich der Anteil von Testosteron, dem wichtigsten männlichen Sexualhormon, im Blut. Dieser bisher oft unentdeckte Mangel des Sexualhormons Testosteron wird mit Substitutionstherapie behandelt, um Libido und Erektion wieder zu verbessern. Durch gezielte Hormongaben werden auch die Gedächtnisleistung sowie der Knochenstoffwechsel gefördert.

Prostata-Vorsorge

Regelmäßige urologische Vorsorgeuntersuchungen bei Männern erhöhen die Chance, ein Prostatakarzinom frühzeitig zu erkennen. Mit hochauflösendem Ultraschall können bereits kleinste verdächtige Veränderungen an der Niere nachgewiesen werden. Eventuell nötige weitere Spezialuntersuchungen, wie z. B. eine Computertomographie, werden ohne lange Wartezeit HERA-intern durchgeführt.

Urologie Sanatorium Hera



BILD: © CHRISTOF WAGNER/SANATORIUM HERA

Prim. Dr. Igor Stancik, F.E.B.U.

Adresse: Löblichgasse 14, 1090 Wien

Telefon: 01-31 350-45444

Ambulanzzeiten: Mo-Do: 08.00-14.00 Uhr; Fr: 08.45-14.00 Uhr

Telefonische Anmeldung erforderlich!

Unsere Fachärzt*innen diagnostizieren und behandeln alle Erkrankungen von Niere, Harnleiter, Blase und Harnröhre sowie der männlichen Geschlechtsorgane. Bei uns steht Ihnen die gesamte Bandbreite der urologischen Therapieoptionen zur Verfügung, unsere Diagnoseverfahren und Behandlungskonzepte orientieren sich stets an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

30 Jahre „Work-Life-Balance“

Erst in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde der Begriff Work-Life-Balance erfunden, davor lebte man, um zu arbeiten.

Auch der Begriff des Burnouts wurde zu dieser Zeit geboren, als rund um die Uhr arbeiten und immer im Stress sein als Insignien des Erfolgs galten. Workaholics – also Arbeitssüchtige – waren Vorbilder in diesen Jahren, als Geiz geil war. Aber es dauerte nicht lange, bis man entdeckte, dass es auch ein Zuviel an Arbeiten gibt, das Menschen krank macht. Salopp sagte man dazu auch „Managerkrankheit“, nur traf sie nicht nur Manager, sondern durchaus auch Menschen der unteren Einkommensklassen.

Als Gegenpol zur immer größer werdenden Arbeitsbelastung wurde die Work-Life-Balance ins Leben gerufen. Sie galt als geeignetes Mittel, dem Arbeitsstress durch bewusstes Erleben und Gestalten von Freizeit zu begegnen. Mit dem Ziel, Arbeit und Freizeit ins Gleichgewicht zu bringen. Plötzlich arbeitete man, um zu leben.

Letzte Festnetz-Generation

Die Generation, die in diese Zeit hineingeboren wurde, nennt man Generation Y oder Millenials. Junge Menschen, die zwischen den Jahren 1980 und 1999 geboren wurden. Die letzte Generation, die eine Kindheit ohne Smartphone erleben durfte! Darum ist Verbindlichkeit für sie noch ein hoher Wert – man machte sich Verabredungen nämlich über das Festnetztelefon aus, schrieb sich Briefe und Ansichtskarten.

Diese Generation entwickelte ein neues Selbstverständnis – die



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / PROSTOCKSTUDIO

Gleichberechtigung. Karriereentscheidungen wurden ab nun mit der*em Lebenspartner*in abgestimmt, Berufe und Jobs waren nicht mehr zur Gänze geschlechtsspezifisch auf Männer oder Frauen zugeschnitten. Frauen eroberten zunehmend auch bisher männlich dominierte Arbeitsfelder.

Neue Prioritäten

Die höchste Priorität dieser Generation Y ist die Familie. Zeit mit der Familie zu verbringen, stellt einen hohen Wert dar und muss mit den Aufgaben im Beruf in Einklang gebracht werden. Das bedeutet in der Praxis, dass bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl nicht mehr allein die Höhe des Gehalts eine Rolle spielt, sondern vor allem die Arbeitsbedingungen, wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeitregelungen, Home-Office, geblockte Zeitausgleichszeiten, planbarer Urlaub und genügend Freizeit mittler-

weile einen oft höheren Stellenwert haben.

Auch für Vorgesetzte ändert sich da einiges. Ein Tag Freizeit stellt auf einmal oft einen höheren Motivationsfaktor dar als bezahlte Überstunden. Anwesenheitsdienste werden immer öfter zum Problem, weil sich immer weniger Menschen finden, die zusätzliche Tätigkeiten auf sich nehmen wollen. Die Dienstnehmerin hat sich in der Vergangenheit – auch auf Druck der Gewerkschaft – schon da und dort diesen neuen Anforderungen angepasst und wird sich auch noch weiter anpassen müssen. Denn die Generation Z steht schon in den Startlöchern ...

felix.steiner@wien.gv.at

**„Plötzlich arbeitete man,
um zu leben.“**

Aktiv für den **Klimaschutz**

Die Mitarbeiter*innen von Wien Digital pflanzten Mitte November insgesamt 2.020 heimische Bäume und Sträucher zur Verbesserung des Stadtklimas.

Die Idee dazu wurde bereits im Vorjahr geboren: Anstelle einer gemeinsamen Feier zum Jahresausklang, die wegen Corona nicht stattfinden konnte, beschlossen die MA 01 und die yunion-Vertretung eine gemeinsame Aktion, die sowohl für die Mitarbeiter*innen als auch für die Wiener*innen nachhaltig sein soll. Außerdem soll die Aktion auch als Mahnmal für die COVID-19-Situation im Jahr 2020 verstanden werden.

Unter fachkundiger Anleitung wurden Buchen, Sommerlinden, Holzapfelbäume, Stileichen und Weigeli-, Hasel- und Spiersträucher auf einem 3.000 m² großen Areal in der Nähe des Bürostandorts von Wien Digital im 22. Bezirk eingesetzt. Zwischen Stadlauer Straße, Rothergasse und Feuerwehrweg entsteht so ein neues Naherholungsgebiet, das nicht nur die Mitarbeiter*innen von Wien Digital nutzen werden.



Bäume filtern Schadstoffe aus der Luft, binden durch Photosynthese Kohlendioxid und halten die Erderwärmung in Schach.



ALLE BILDER: © MARKUS WACHE

„Der beste Zeitpunkt, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren, der zweitbeste ist jetzt, sagt eines der vielen chinesischen Sprichwörter.“
Manfred Obermüller, Vorsitzender der Hauptgruppe 1



Die Bäume und Sträucher wurden vom Forst- und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ausgewählt und von Wien Digital und der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft gesponsert.



„Es freut mich ganz besonders, dass wir eine der ersten Abteilungen sind, die einen eigenen Wald als Zeichen für den Klimaschutz aufforsten durfte.“ Werner Nabicht, Leiter Wien Digital



Ein Funke reicht

Der voranschreitende Klimawandel erhöht das Risiko von Waldbränden – auch bei uns in Österreich.

Ob in Südeuropa, Australien oder in den USA – verheerende Waldbrände sind in vielen Teilen der Welt bereits Realität. Auch in Österreich steigt durch den Klimawandel das Brandrisiko. Das hat der bisher größte Waldbrand in der Geschichte des Landes Ende Oktober in Hirschwang am Schneeberg gezeigt.

Weniger Regenfälle

Waldbrände beschränken sich nicht nur auf die Sommermonate. Die immer regenärmeren Herbst- und Wintermonate – der Oktober 2021 war der trockenste seit 16 Jahren, konstatierte die Zentralanstalt für Meteorologie & Geodynamik kürzlich – bringen mit sich, dass bereits im Frühjahr, vor dem Austrieb der neuen Pflanzen, von Ende April bis Anfang Mai ein erster Höhepunkt für Brandgefahr besteht. Auch im Winter kann es bei großer Trockenheit und dem Ausbleiben der Schneedecke zu Bränden kommen. Generell gilt: Bei Schönwetter und Wind steigt die Waldbrandgefahr. Sonneneinstrahlung trocknet besonders an südlichen Hängen den Waldboden aus, auch der Wind entzieht dem Waldboden Feuchtigkeit. Anschließend reicht ein kleiner Funke.

Im Wald beginnt ein Feuer immer auf dem Boden. Als erstes entzünden sich Laub, Gras sowie trockener Unterwuchs – das sogenannte Erdfeuer. Dies ist ein Schwelbrand im Boden, der Baumwurzeln und Pflanzensamen zerstört. Wächst sich das Erdfeuer zu einem Lauffeuer aus, kann es rasch – insbesondere unter Einwirkung von Wind – auf die Baumwipfel überspringen. Dieses Kronenfeuer führt dann zu einer rasanten, massiven Ausbreitung. Die Folge ist ein Nährstoffmangel im Wald, der dessen Vielfalt und Stabilität gefährdet.

Brandgefährliches Verhalten

Verursacht werden Waldbrände durch einen Blitzschlag oder durch das Fehlverhalten von Menschen.

„Immer regenärmere Herbst-Winter-Monate.“

Damit es gar nicht so weit kommt, sollten Waldbesucher*innen den mitgebrachten Müll unbedingt wieder mit nach Hause nehmen. Denn Glas, Blechdosen oder andere reflektierende Gegenstände sind unter Einwirkung des Sonnenlichts „brandgefährlich“, im wahrsten Sinne des Wortes. Ebenso können achtlos weggeworfene Zigaretten oder Lagerfeuer sowie heiße Motoren von im Wald abgestellten Autos und Motorrädern ganz leicht einen Flächenbrand auslösen.

Was zur Katastrophe am Schneeberg geführt hat, ist Gegenstand laufender Ermittlungen. Die Exekutive vermutet eine „fremde Zündquelle“ als Ursache, ein Lagerfeuer. Menschliches Fehlverhalten hat dazu geführt, dass insgesamt 7.753 Feuerwehrleute, 1.355 Einsatzfahrzeuge, 19 Fluggeräte, 4.348 geflogene „Turns“ notwendig waren, um nach Tagen „Brand aus“ geben zu können. Dieser Waldbrand soll uns allen eine Warnung sein! Der Klimawandel ist längst angekommen. Bei uns in Österreich, in unseren Wäldern.

guenter.walzer@wien.gv.at



Löscharbeiten in Hirschwang am Schneeberg, Ende Oktober 2021

Unsere **Mannschaftsmeisterschaften 2022**

28. Mannschaftsmeisterschaft Tennis der HG 1

Die 28. Tennismannschaftsmeisterschaft der Hauptgruppe 1 wird ab April 2022 ausgetragen.

Wer Lust hat, mit einer Mannschaft (mindestens zwei Spieler*innen) teilzunehmen, kann diese bis 25. März 2022 unter office@ksv-wien.at anmelden.

Nähere Infos:

www.ksv-wien.at/tennismannschaftsmeisterschaft/

Magistratsfußballmeisterschaft - Kleinfeld

Besteht Interesse, mit Kolleg*innen eure Abteilung bei der Magistratsfußballmeisterschaft 2022 zu vertreten, dann könnt ihr bis 25. März 2022 unter office@ksv-wien.at eure Mannschaft anmelden.

- Mannschaft: 7 Feldspieler*innen (6 + 1)
- Spieldauer: 2 x 25 Minuten
- Spielzeitraum: April bis Oktober

Spielberechtigt sind ausschließlich younion-Mitglieder der Hauptgruppe 1.

Kostenloser Parkplatz auf der KSV-Anlage für die Zeit der Sportausübung.

Nähere Infos:

www.ksv-wien.at/fussballmeisterschaft-kleinfeld

michael.witzmann@wien.gv.at



Kultur- und Sportvereinigung der Wiener
Gemeindebediensteten

Rustenschacherallee 3 | 1020 Wien

t: 01-720 84 91

e: office@ksv-wien.at

www.ksv-wien.at



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / SIRTRAVELALLOT



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / WAVEBREAKMEDIA



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / MARAM

Lauftraining am KSV ein voller Erfolg

Der für 20 Kolleg*innen anberaumte Kurs im Herbst war innerhalb kürzester Zeit ausgebucht - viele Interessent*innen mussten leider auf einen Folgetermin getröstet werden.



BILD: © SYMBOLFOTOSHUTTERSTOCK / FOTOKOSTIC

Das Feedback der Teilnehmer*innen war auch dieses Mal wieder überraschend positiv. Darum haben wir mit unserem Lauftrainer bereits ein weiteres Lauftraining für das Frühjahr 2022 ins Auge gefasst. Von 6. April bis 1. Juni 2022 wird wieder jeden Mittwoch in der Zeit von 17:30 bis 18:30 Uhr trainiert werden. Anmeldungen für diese neun Termine sind ab dem 14. März per E-Mail an michael.witzmann@wien.gv.at möglich.

Unser Lauftrainer Alexander Kolar, der auch diplomierter Triathlon-Trainer und staatlich geprüfter Schwimmlehrer ist, übermittelte uns aufgrund des hohen Interesses ein paar Lauf-tipps für Anfänger*innen, die wir

gerne an unsere Leser*innen weitergeben.

Lauf-tipps für Anfänger*innen:

- Am Beginn kurze Strecken laufen. Auch Gehpausen einlegen. Z. B.: 2 Minuten laufen 1 Minute gehen.
- Langsam laufen. Sprechen sollte möglich sein.
- Realistische Ziele setzen. Die Belastungsdauer langsam steigern.
- Training planen. Fixe Trainingstage festlegen. Pause zwischen den Laufeinheiten 1–2 Tage. Maximal 3 x pro Woche laufen.
- Ein passender Laufschuh ist wichtig. Jeder Fuß braucht einen anderen Schuh. Darum ist eine individuelle Laufberatung in einem Sportgeschäft zu empfehlen.

- Richtige Kleidung, atmungsaktive Sportkleidung. Im Winter nicht zu warm anziehen.
- Immer auf den Körper hören. Eine moderate Anstrengung ist durchaus erwünscht. Aber wenn das Laufen Schmerzen verursacht, die Ursache abklären lassen.

Einige Technik-Tipps:

- Fußaufsatz auf dem Mittelfuß unter dem Körper
- Kurze Schritte
- Beizeiten Laufexpert*innen zur Optimierung der Technik beiziehen – vielleicht ab dem 6. April 2022 am KSV

Bleiben Sie gesund!

michael.witzmann@wien.gv.at

Mutige Widerstandskämpferin und erste ÖGB-„Frauenobmännin“

Wilhelmine Moik

Wilhelmine Moik stammt aus einer politisch interessierten Ottakringer Arbeiterfamilie. Sie kam als viertes von neun Kindern 1894 zur Welt. Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule näht sie in Heimarbeit mit ihrer Mutter und ihren Schwestern Bettwäsche. Vom Vater ideologisch geprägt, wird sie mit 18 Jahren Gewerkschaftsmitglied und tritt der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei. Ihre „Lehrjahre als Gewerkschafterin“ beginnt sie 1912 bei Anna Boschek, der ersten Gewerkschafterin im Parlament. Zuerst ist Moik Mitglied und Funktionärin, ab 1916 Verwaltungsbeamtin im „Verein der Heimarbeiterinnen und aller im Hause beschäftigten Frauen und Mädchen“. Moik gilt als mutig, unerschrocken, begabt und fleißig. Das fällt dem damaligen Sekretär der Gewerkschaftskommission, Anton Hueber, auf – er holt sie 1921 in die Zentrale. Von 1928 bis 1934 ist sie dort Frauensekretärin, zu ihren Aufgaben gehören die Schulungen von Betriebsrätinnen sowie die Mitgliederwerbung. Moik spricht im Radio, schreibt Artikel und unterstützt Käthe Leichter bei ihren wissenschaftlichen Studien.

Im Untergrund aktiv

Von 1932 bis 1934 ist Moik – als eine der ersten Frauen – Mitglied im Wiener Gemeinderat. Während des Austrofaschismus wird sie mehrmals verhaftet und ist im Untergrund bei den Revolutionären Sozialisten aktiv, die in Not geratene Familien von Inhaftierten unterstützen. Nach der Machtübernahme Hitlers wird sie 1938 festgenommen und 1939 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Während ihrer Inhaftierung erkrankt sie schwer an der Lunge. 1941 kommt sie völlig entkräftet frei, doch



„Es freut mich, dass wir den Karenzurlaub für die arbeitenden Mütter auf ein Jahr ausdehnen konnten.“

ihr Wille ist ungebrochen. Schon während der letzten Kriegstage beginnt sie, das ÖGB-Frauenreferat neu aufzubauen.

Prägende Sozialpolitikerin

Nach dem Krieg wird Wilhelmine Moik Nationalratsabgeordnete (1945–1962) und Leiterin des ÖGB-Frauenreferats. Zeitlebens setzt sie sich für das Recht der Frau auf Arbeit, für den Acht-Stunden-Tag und „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Sie war maßgeblich an der Ausarbeitung des Allgemeinen Sozialversicherungs-, des Mutter-schutz- und des Heimarbeitsgesetzes beteiligt, genauso wie an der Einführung einer Karenzzeit nach der Geburt eines Kindes. Im Jahr 1963 übergibt sie den Vorsitz im ÖGB-Frauenreferat an Rosa Weber.

Moik, die nie geheiratet und auch keine Kinder hatte, stirbt mit 76 Jahren in Bad Vöslau. In Wien erinnern die städtische Wohnhausanlage „Wilhelmine-Moik-Hof“ in Ottakring sowie der Wilhelmine-Moik-Platz im 2. Bezirk an die unerschrockene, kämpferische Sozialdemokratin und Gewerkschafterin. In der ÖGB-Zentrale ist ein Sitzungssaal nach ihr benannt.

„Die Gewerkschaft kämpft für den Berufsaufstieg von Frauen. Die Frau hat ein Recht auf Arbeit!“

Gesund werden. Gesund bleiben.



- › Ambulanzen aller Fachrichtungen
- › Moderne, hochspezialisierte Diagnostik
- › Individuelle, innovative Therapie
- › Persönliche Betreuung

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Sozial gerechten Wandel mitbestimmen
- 05 **Game over**
Türkise Altlasten müssen nun aufgeräumt werden. Und zwar rasch!

Hauptgruppe 1

- 12 **MA 29**
Wächter unserer Brücken
- 14 **Gruppe Sofortmaßnahmen**
Wiens COVID-19-Einsatztruppe
- 16 **MA 46**
Sicherheit hat keine Pause
- 17 **MA 56**
Herausforderung Schulstart

Gewerkschaft

- 21 **Frauen**
Zweierlei Maß
- 22 **Behinderung**
Behindertenvertretung
Anlaufstelle Nr. 1
- 24 **Seite zum Nachdenken**
Die MA 35 in Zahlen
- 25 **Brief aus Brüssel**
Glasgow ist überall

Gesund & Leben

- 28 **Sanatorium HERA**
Urologie: Vorsorge & Früherkennung
- 31 **Serie Klimaschutz**
Ein Funke reicht
- 34 **teamwork History**
Wilhelmine Moik



8

„Es geht nicht um Privat gegen Staat“, betont Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr im teamwork-Gespräch mit Manfred Obermüller und Karin Zauner-Lohmeyer



18

Alle Jahre wieder kämpfen Elementarpädagog*innen um bessere Rahmenbedingungen



11

Querrauner - Über niedrige Instinkte

teamwork

Nr. 4/2021

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

SZ 02Z030516 S

DVR: 0046655